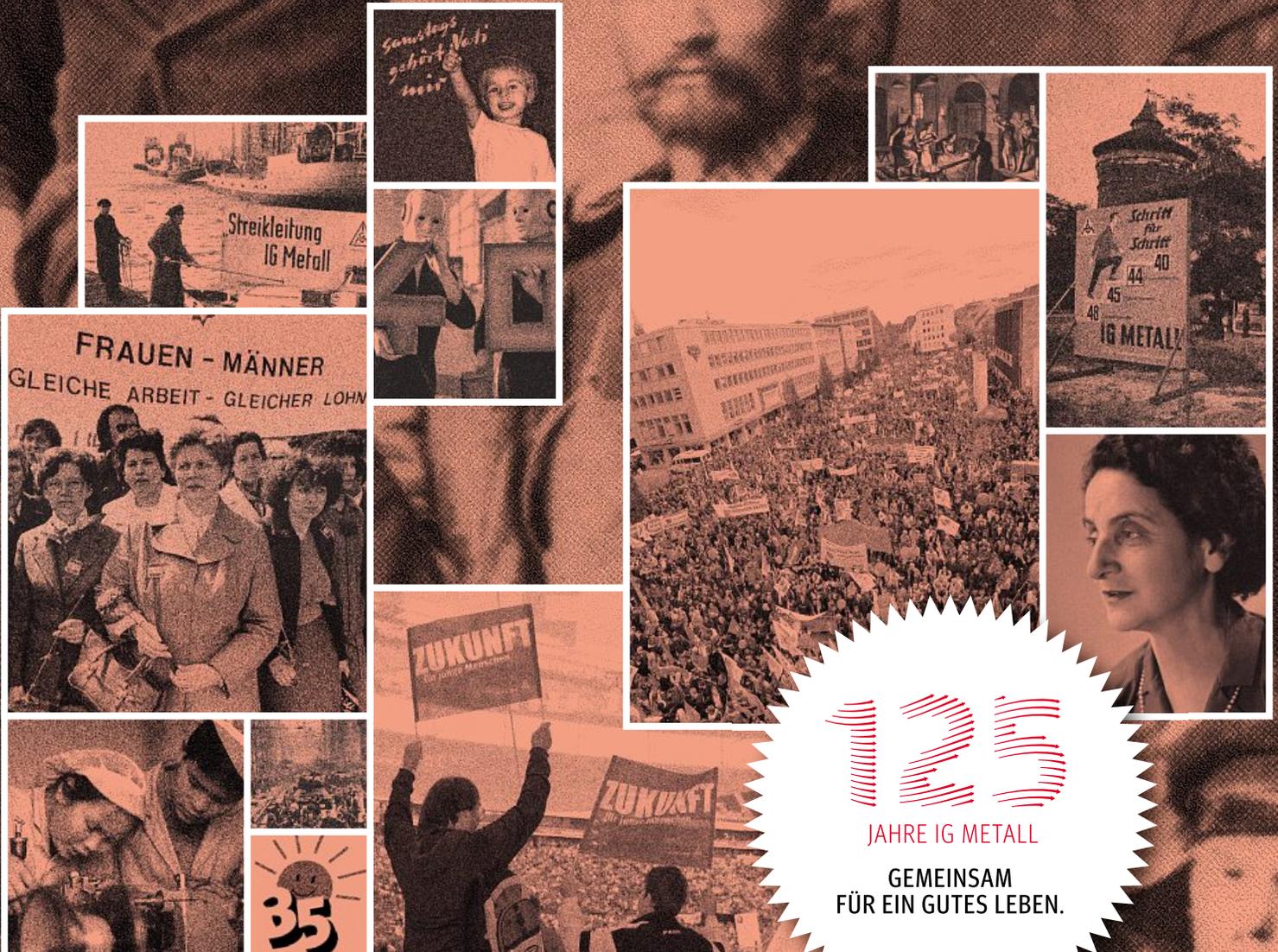


# metallzeitung



Mitgliederzeitung der IG Metall | Jahrgang 68 | Juli 2016 | D 4713



JAHRE IG METALL

GEMEINSAM  
FÜR EIN GUTES LEBEN.



**>INHALT**

- 5 **Der Film zum Jubiläum** Metallerrinnen und Metalller erzählen, was Gewerkschaft für sie bedeutet.
- 6 **Die industrielle Revolution** Dampfmaschinen verändern das Leben und die Arbeit der Menschen.
- 7 **Die Gründung** Vom 1. bis 6. Juni 1891 gründen Arbeiterinnen und Arbeiter in Frankfurt den Deutschen Metallarbeiter-Verband.
- 8 **Im Takt des Bands** Das Fließband bestimmt das Arbeitstempo, nicht mehr der Mensch.
- 9 **Acht Stunden** Im Stinnes-Legien-Abkommen legen Arbeitgeber und Gewerkschaften den Achtstundentag fest.
- 10 **Widerstand** 1933 – die Gewerkschaften sind verboten. Doch im Untergrund leisten Gewerkschafter Widerstand.
- 11 **Wiederaufbau** Beschäftigte bauen ihre Betriebe und Gewerkschaften auf. 1948 vereinigen sich die Metalller dann zur IG Metall.
- 12 **Mitbestimmung** Die IG Metall ist 1951 bereit, für die Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie zu streiken.
- 13 **Lohnfortzahlung** 114 Tage kämpfen Metallerrinnen und Metalller 1955/1956 in Schleswig-Holstein.
- 14 **Anwerbeabkommen** Beschäftigte aus Italien, Spanien, Griechenland und der Türkei finden von 1955 bis 1961 Jobs in Deutschland.
- 15 **Freier Samstag** Mitte der 1950er-Jahre starten die Beschäftigten ihren Kampf um kürzere Arbeitszeiten.
- 16 **Frauenbewegung** Gewerkschafterinnen kämpfen für gleiche Rechte für Frauen in Betrieben und in der Gesellschaft.
- 17 **Blauer Himmel über der Ruhr** Metallerrinnen und Metalller engagieren sich für Umweltschutz und Gesundheit am Arbeitsplatz.
- 18 **Wir sind die Roboter** Mit Computern und Mikroelektronik macht die Arbeitswelt einen neuen Entwicklungssprung.
- 19 **Die Sonne geht auf** Der Kampf um die 35-Stunden-Woche war eine der härtesten Auseinandersetzungen – mit gutem Ende.
- 20 **Aufbau Ost** Nach dem Mauerfall baut auch die IG Metall im Osten wieder neue Strukturen auf. Jens Rothe war dabei.
- 22 **Zukunftsdebatte** Das neue Jahrtausend beginnt die IG Metall mit einer Debatte darüber, wie sie zum Motor für Fortschritt wird.
- 23 **Handeln in der Krise** IG Metall-Vorschläge retten Arbeitsplätze in der Krise und erleichtern den schnellen Aufschwung.
- 24 **Arbeit sicher und fair** Die IG Metall setzt sich für prekär Beschäftigte ein und verbessert die Bedingungen von Leiharbeitern.
- 25 **Neuland** Die IG Metall hat sich zum Ziel gesetzt, neue Bereiche und Betriebe zu erschließen und hat Erfolg damit.
- 26 **Die nächste Revolution** Im 21. Jahrhundert heißt die Revolution der Arbeitswelt Digitalisierung. Die IG Metall gestaltet mit.
- 27 **Zeit bleibt ein Thema** Vor 125 Jahren kämpften die Menschen für kürzere Arbeitstage. Heute wollen sie flexibler arbeiten.
- 28 **Aus den Bezirken**
- 30 **Lokales/Karikatur**
- 31 **Impressum**

**>REDAKTIONSSCHLUSS DIESER AUSGABE:  
20. Juni 2016**



Foto: Martin Joppen



Foto: AdSd der Friedrich-Ebert-Stiftung

**Jubiläum** Mit Gästen aus Politik und Gesellschaft feierte die Gewerkschaft ihr Jubiläum. Links im Bild die Vorsitzenden der IG Metall, daneben Bundestagspräsident Lammert. → Seite 4

**Widerstand** 1933 stürmen die Nazis alle Gewerkschaftshäuser. Gewerkschafter leisten Widerstand. → Seite 10

**>LESERBRIEFE**

**Tarifabschluss Metall-Elektro**

metallzeitung 6/2016

»Wir haben jetzt mehr«

Ich bin 60 Jahre in der IG Metall. In keinem Verein, in keiner Partei, auch nicht in der Kirche, selbst bei Hoesch war ich nicht so lange. Sogar meine Frau kenne ich nicht so lange. Wir sind erst 53 Jahre verheiratet. Somit hat die IG Metall in meinem Leben eine große und wichtige Rolle gespielt. Es war für mich selbstverständlich mit Beginn meiner Ausbildung in die Gewerkschaft einzutreten. Jetzt, als Rentner, verfolge ich die Arbeit der IG Metall weiterhin optimistisch, denn nur durch gute Tarifabschlüsse erhöht sich auch meine Rente.

**Udo Kuhnke, Dortmund**

Ein guter Abschluss, in einer nicht ganz einfachen Zeit, auch dank des guten Zusammenhalts aller Beschäftigten, Vertrauensleute und Betriebsräte in der IG Metall. Starke Gewerkschaften können eben doch etwas bewegen. Lasst uns diese Stärke nutzen, um auf die miserablen Arbeitsbedingungen in Teilen Europas, weltweit, ja, auch auf den Meeren, hinzuweisen, diese anzuprangern und Verbesserungen einzufordern. Wenn wir Starken uns für die Schwächeren einsetzen, die in den Betrieben nicht für sich selbst

kämpfen können, sichern wir auch Arbeitsplätze und soziale Standards.

**Markus Brinkmann, Osnabrück**

Ich bin Metalller in Thüringen und finde, der Tarifabschluss ist an sich nicht verkehrt. Na ja, fast zwei Jahre? Trotzdem: Danke dafür. Warum aber könnte es nicht einmal mehr Entgelt für den Osten sein, damit Beschäftigte nach mehr als 25 Jahren Einigung auch endlich das gleiche Geld für die gleiche Arbeit bekommen? Ich glaube, es wird höchste Zeit für eine Angleichung. Vielleicht lässt sich ja beim nächsten Mal was machen.

**Ronny Quitt, Erfurt**

**Andere Mobilitätskonzepte**

metallzeitung 6/2016

»Förderung für E-Autos«

Wenn wir uns wirklich für einen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft einsetzen wollen, ist die Fortsetzung einer früher schon falschen Industriepolitik erst recht falsch. Es stünde der IG Metall und den Betriebsräten der Automobilindustrie gut zu Gesicht, sich für alternative Mobilitätskonzepte einzusetzen und sich nicht gemein zu machen mit den Konzernen, die eine Fortsetzung alter Geschäftsmodelle mit anderen Antrieben wollen.

**Stefan Hochstadt, per E-Mail**



Foto: IG Metall

**35 Stunden** Mehr Zeit zum Leben, Lieben, Lachen, hieß die Forderung hinter der 35-Stunden-Woche. → Seite 19



Foto: IG Metall

**Der Zukunft zugewandt** Arbeitszeit zählte zu den wichtigsten Themen vor 125 Jahren und sie bleibt es auch in Zukunft. → Seite 27

## Unwetter in Deutschland – IG Metall unterstützt betroffene Mitglieder

Starke Regenfälle, überlaufende Gewässer und geflutete Straßen halten seit Wochen ganz Deutschland in Atem. Zahlreiche Menschen haben wegen der Unwetter viel verloren – darunter auch Metallerrinnen und Metalller. Um die Folgen zu mildern, hilft die IG Metall. Die Satzung sieht eine Unterstützung in Notfällen vor, die jeder beantragen kann, der seit mindestens zwölf Monaten Mitglied ist. Damit die Hilfe schnell bei den Menschen ankommt, hat die IG Metall beschlossen, Mitglieder mit einer Einmalzahlung zu unterstützen. Die Unterstützung beantragen Flutopfer bei ihrer IG Metall vor Ort. Die Höhe der Einmalzahlung hängt von der Schadenshöhe ab. ► [igmetall.de/flut2016](http://igmetall.de/flut2016)

### LESETIPP

**Gestern, heute, morgen** Anlässlich ihres 125-jährigen Bestehens widmet sich diese Ausgabe ganz der Geschichte, Gegenwart und Zukunft der IG Metall. Hintergrund, Bilder und Reden gibt es auf: ► [125.igmetall.de](http://125.igmetall.de). Eine weitere Internetseite zur Geschichte der Gewerkschaften hat die Hans-Böckler-Stiftung zusammengestellt. In mehreren Quiz kann man auch sein Wissen rund um Gewerkschaften testen: ► [gewerkschaftsgeschichte.de](http://gewerkschaftsgeschichte.de)

### GEWONNEN

#### Mai-Rätsel

Lösungszahl: »17«

1. Preis: Martin Hergett, Friedrichshafen
2. Preis: Nico Kohlen, Wegberg
3. Preis: Elke Niesen, München

### EDITORIAL



Foto: Frank Rumpenhorst

Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall

## Seit 125 Jahren für gute Arbeit

**Jubiläum** Die IG Metall blickt auf 125 Jahre zurück. Und damals wie heute gilt: Die Stärke der Beschäftigten heißt Solidarität.

Es war eine würdevolle Festveranstaltung am 4. Juni in der Paulskirche: Gut 650 Metallerrinnen und Metalller, Gäste aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft kamen in die Paulskirche, um unsere IG Metall zu feiern. Der geschichtsträchtige Ort passte – schließlich wurde der Deutsche Metallarbeiter-Verein im Juni 1891 auch in Frankfurt gegründet. Als sich die Arbeiterinnen und Arbeiter vor 125 Jahren zusammenschlossen, taten sie es aus großer Not. Sie arbeiteten mehr als zehn Stunden am Tag für einen Hungerlohn – und es gab keinerlei Rechte oder soziale Absicherung.

»Wir haben im Laufe dieser 125 Jahre, wir alle gemeinsam, manches auf den Weg gebracht und möglich gemacht, was damals für völlig ausgeschlossen gehalten worden wäre«, so hat es Bundestagspräsident Norbert Lammert in seiner Festrede ausgedrückt. Gerade wir als IG Metall haben daran einen großen Anteil – und dürfen darauf auch stolz sein.

Ein gutes Leben war damals und ist heute nur mit guter Arbeit möglich. Und gute Arbeit ist sicher, gerecht und selbstbestimmt.

Gerecht geht nur mit Tarifverträgen. Daher ist unser klares Ziel, mehr Betriebe in Tarifbindung zu bringen.

Selbstbestimmt zu arbeiten, das bedeutet, der freien Verfügbarkeit der Arbeitskraft Grenzen zu setzen. Flexibilität kann keine Einbahnstraße für die Arbeitgeber sein. Deshalb geht es in unserer Arbeitszeitkampagne jetzt darum, mit Euch, den Mitgliedern der IG Metall, für Verbesserungen der Arbeitszeitgestaltung einzutreten.

**Damals wie heute geht dies nur mit Solidarität** Solidarität ist das Bindemittel, das unsere Gesellschaft zusammenhält.

Und Solidarität lebt von einer Einsicht, die 1891 genauso gültig war wie heute. Das gute Leben für jeden Einzelnen ist nur möglich, wenn gemeinsam für dieses gute Leben gekämpft und gestritten wird.



Foto: Martin Joppen

Die sieben geschäftsführenden Vorstandsmitglieder der IG Metall sowie Musiker und Gäste beim Festakt in der Frankfurter Paulskirche. Insgesamt waren 650 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gekommen. Darunter Bundestagspräsident Norbert Lammert, Frankfurts Oberbürgermeister Peter Feldmann, Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel und der Präsident von Gesamtmetall, Rainer Dulger.

# IG Metall feierte ihre Gründung vor **125 Jahren**

**4. Juni 2016** Vor 125 Jahren gründete sich der Deutsche Metallarbeiter-Verband, die größte Vorgängerorganisation der IG Metall. In der Paulskirche feierte die IG Metall ihr Jubiläum mit einem Festakt.

## metallzeitung zum Jubiläum

Vor 125 Jahren gründeten Arbeiterinnen und Arbeiter den Deutschen Metallarbeiter-Verband, die größte Vorgängerorganisation der IG Metall. Aus diesem Anlass werfen wir in dieser Ausgabe der metallzeitung einen Blick zurück auf die wichtigsten Ereignisse in den letzten 125 Jahren und einen Blick nach vorn, wohin die Reise der IG Metall in Zukunft gehen wird. Auf den nächsten Seiten laden wir ein zu einer Zeitreise in Bildern durch Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der IG Metall.

Vor 125 Jahren riskierten Menschen viel, wenn sie sich einer Gewerkschaft anschlossen. Sie kamen auf schwarze Listen und wurden entlassen, etwa weil sie kürzere Arbeitszeiten und höhere Löhne forderten. Viele ließen sich nicht davon abschrecken und schlossen sich 1891 zum Deutschen Metallarbeiter-Verband zusammen. Daran erinnerte Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall, beim Festakt der IG Metall zum 125-jährigen Bestehen in der Frankfurter Paulskirche. »125 Jahre IG Metall steht für eine erfolgreiche Gestaltung der Arbeitswelt auf der Grundlage unserer Werte und gewerkschaftlicher Überzeugung. 125 Jahre IG Metall bedeutet auch 125 Jahre sozialstaatliche Gestaltung«, sagte Hofmann.

Im Juni 1891 schlossen sich Arbeiterinnen und Arbeiter zusammen, um für eine bessere Arbeits- und Lebenswelt zu kämpfen. Nicht nur für einzelne Berufsgruppen, sondern für die gesamte Industrie. »Ein Betrieb – eine Gewerkschaft – ein Tarifvertrag. Das Prinzip der Tarifeinheit war und ist unser gelebter Wert seit Gründung«, sagte Hofmann. Ohne die Mit-

bestimmung und einen aktiven Sozialstaat wäre das Erfolgsmodell Bundesrepublik nicht möglich gewesen, so Hofmann weiter. Gleichzeitig warnte er davor, dass die sozialen Unterschiede wieder wachsen. Bundestagspräsident Norbert Lammert sagte dazu in seiner Festrede: »Zum Problem wird Ungleichheit dann, wenn es keinen plausiblen Zusammenhang mehr gibt zwischen individueller Leistung und individuellem Einkommen und Vermögen.«

**Motor der Bewegung** Christiane Benner, Zweite Vorsitzende der IG Metall, blickte angesichts der Geschichte optimistisch nach vorn: »Der Blick auf 125 Jahre IG Metall zeigt: Ein besseres Morgen ist möglich. Wer sich gemeinsam mit anderen Menschen für eine Sache stark macht, der kann etwas zum Guten verändern.« Ganz besonders dankte die Gewerkschafterin den knapp 2,3 Millionen Mitgliedern für ihr großes Engagement: »Ihr seid das Herz, die Kraft und der Motor unserer Bewegung.« Fotos und Reden unter [125.igmetall.de](https://www.125.igmetall.de).

# Der Film zum Jubiläum

**Making of** Im Jubiläumsfilm erzählen Metalllerinnen und Metalller, wie wichtig es ist, Mitglied einer starken Gemeinschaft zu sein. metallzeitung war beim Dreh dabei.

**Bild 1** Guido Machowski (Mitte) ist Betriebsratsvorsitzender beim Kontraktlogistiker Schnellecke in Leipzig und kämpft dort für faire Bezahlung. **Bild 2** Horst Matysik ist ein Kind des Ruhrgebiets. Er arbeitete 41 Jahre bei Thyssen-Stahl in Duisburg und war fast ein Arbeitsleben lang Vertrauensmann der IG Metall. **Bild 3** Waltraud Gensert ist Metalllerin aus Leidenschaft. Sie erzählt im Film von ihren Erlebnissen während des Kampfs um die 35-Stunden-Woche.

**Bild 4** Kerstin Kublun ist Vorsitzende des Betriebsrats bei Holz-Bau-Industrie in Bremen. Sie weiß, wie wichtig es ist, bei Verhandlungen mit dem Arbeitgeber von einer starken IG Metall unterstützt zu werden. **Bild 5** Sandra Hannweg (hier kurz vor Drehbeginn in der Maske), dual Studierende bei Osram in Regensburg. Im Betrieb setzt sie sich als Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) und Vertrauensfrau für die Interessen der jungen Beschäftigten ein.

**Bild 6** Stefan Paulus studiert an der Hochschule für angewandte Wissenschaften Würzburg-Schweinfurt Elektro- und Informationstechnik. Davor machte er eine Ausbildung bei Brose Fahrzeugteile in Würzburg und war dort in der JAV. **Bild 7** Fotini Kiosse ist Betriebsrätin bei Mercedes-Benz Untertürkheim. Die Griechin setzt sich im Werk und in ihrer Freizeit für die Integration von Migrantinnen und Migranten ein.



Den Film »125 Jahre IG Metall. Gemeinsam für ein gutes Leben«, Fotos und Informationen rund um die Geschichte der IG Metall gibt es auf: [▶ 125.igmetall.de](https://www.youtube.com/watch?v=125.igmetall.de)





Cartoon: Stephan Rürup

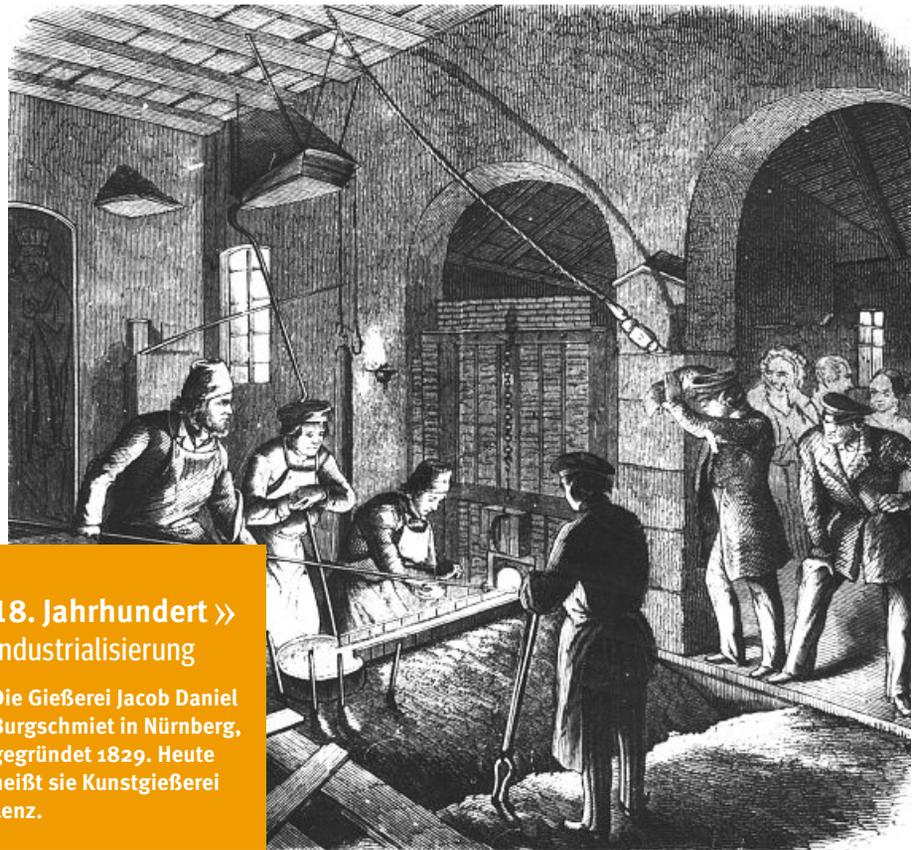


Foto: Aus den Beständen des Instituts für Zeitungsforschung, Dortmund

**18. Jahrhundert » Industrialisierung**  
Die Gießerei Jacob Daniel Burgschmiet in Nürnberg, gegründet 1829. Heute heißt sie Kunstgießerei Lenz.

## Die industrielle Revolution

Es sind bahnbrechende technische Erfindungen, vor allem ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, die zur industriellen Revolution führen. 1776 baut James Watt eine Dampfmaschine, die in allen Industriezweigen zum Antrieb von Maschinen verwendet werden kann. 1787 eröffnet der Engländer Edmund Cartwright eine Weberei, in der erstmals mit Dampf betriebene Webstühle zum Einsatz kommen. Spätestens ab Beginn des 19. Jahrhunderts ist der rasante Siegeszug der Maschinen nicht mehr zu bremsen.

Der massenhafte Einsatz von Dampfmaschine und Lokomotive, von Spinn- und Webmaschine führt zum Aufbau riesiger Betriebe, die sehr viel produktiver sind als die alten Handwerksbetriebe. Die Textilindustrie erlebt dank der Mechanisierung einen Produktivitätsschub, erste Fabriken der Schwerindustrie entstehen. Mit ihnen ändern sich das Leben und die Arbeitsbedingungen für die Menschen komplett und in einer nie da gewesenen Geschwindigkeit: Noch im

Jahr 1830 erwirtschaften 80 Prozent der Bevölkerung ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft. Nur 50 Jahre später lebt mehr als die Hälfte von ihnen in den Städten. Industrielle Massenproduktion ersetzt hier zunehmend die alten Handwerksbetriebe.

In den Fabriken bestimmen die Maschinen Tempo und Ablauf der einzelnen Arbeitsschritte. Die Arbeit ist in hohem Maße belastend, gesundheitsgefährdend und gefährlich. Das Zeitdiktat der Fabrikbesitzer ist unnachgiebig, überlange Arbeitszeiten und allenfalls kurze Pausen der Normalfall. Während der Arbeit sind die Menschen schutzlos Lärm, Gestank, Dreck und Giften ausgesetzt. Die Zahl der Arbeitsunfälle ist hoch, die Löhne für die Arbeiter sind kärglich. Die industrielle Revolution wird zur Geburtsstunde der Arbeiterbewegung, Genossenschaften und Gewerkschaften gründen sich. Sie kämpfen gegen die unmenschlichen Arbeitsbedingungen sowie für eine bessere Arbeits- und Lebenswelt.

**1900 » Kampf um kürzere Arbeitszeit** Zu Beginn der Industrialisierung arbeiten die Menschen zwischen 14 und 17 Stunden täglich. Von Anfang an kämpfen sie daher um kürzere Arbeitstage, um mehr Zeit für sich und für ihre Familie. 1903 streiken im sächsischen Crimmitschau Textilarbeiterinnen 22 Wochen lang für den Zehnstudentag. Die Frauen und Männer fordern: »Eine Stunde mehr für uns. Eine Stunde fürs Leben.« Der Streik geht verloren. Der Zusammenhalt unter den Arbeiterinnen und Arbeitern wächst. In Hannover fordern Metaller 1912 neun Stunden täglich und acht Stunden samstags. 1912 sinkt die Arbeitszeit auf 57 und 1913 auf 56,5 Stunden pro Woche.

1891 »

# »Vereinig Euch«

**Gründung des DMV** Im Juni 1891 vereinigen sich Metallarbeitervereine aus ganz Deutschland zum Deutschen Metallarbeiter-Verband.



Foto: IG Metall Zentralarchiv

**Vom 1. bis 6. Juni 1891** treffen sich Vertrauensleute von Metallarbeitervereinen aus ganz Deutschland in Frankfurt am Main: Fabrikarbeiter, Former, Klempner, Schlosser, Schmiede, Maschinenbauer und Feilhauer. Sie gründen den Deutschen Metallarbeiter-Verband (DMV), die größte Vorgängergewerkschaft der IG Metall.

**Selbsthilfe der Arbeiter** Bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gründeten Arbeiter »Suppenvereine« und Krankenunterstützungskassen, um sich gegenseitig zu helfen, sowie Arbeiterbildungsvereine, um sich Zugänge zu Bildung zu verschaffen. Ab der Revolution von 1848 entstehen dann die ersten Gewerksgenossenschaften, die auch Unterstützung bei Streik

leisten. Etwa 1869 die Metallarbeiter-Gewerkschaft in Nürnberg.

Immer öfter streiken sie gegen die unmenschlichen Arbeitsbedingungen (Grafik unten rechts). Sie wollen Tariflöhne durchsetzen, damit die Arbeitgeber die Arbeiter nicht mehr gegeneinander ausspielen können. Und sie wollen die Arbeitszeit verkürzen, von oft 14 bis 16 Stunden am Tag auf zuerst 10 und dann 8 Stunden (siehe Grafik links).

Die Wirtschaftskrise der 1870er-Jahre stoppt dann den Aufstieg der Gewerkschaften. Reichskanzler Bismarck setzt 1878 die sogenannten Sozialistengesetze durch. Gewerkschaften sind verboten. Die Arbeiter jedoch organisieren sich getarnt weiter, etwa in regionalen Unterstützungsvereinen und Arbeitersportvereinen.

**Die Gewerkschaften wachsen rasch** 1890 laufen die Sozialistengesetze aus, der Weg zur Gründung großer überregionaler Gewerkschaften ist frei.

Bereits einige Wochen vor dem DMV gründet sich 1891 auch der Deutsche Textilarbeiter-Verband, die spätere Gewerkschaft Textil und Bekleidung, die 1998 mit der IG Metall fusioniert. 1893 entsteht der Deutsche Holzarbeiter-Verband, die spätere Gewerkschaft Holz und Kunststoff, die 2000 mit der IG Metall zusammengeht.

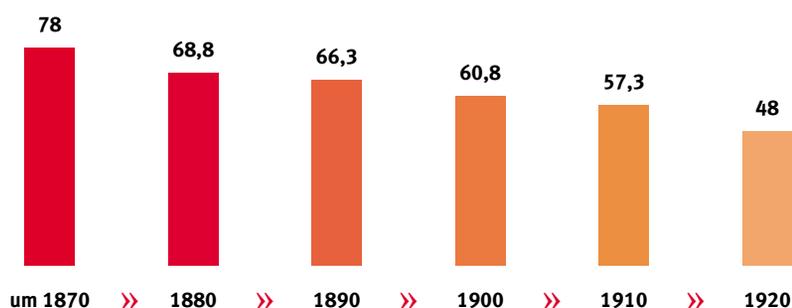
In den Jahren nach ihrer Gründung wachsen die neuen Gewerkschaften rasch. Bei seiner Gründung 1891 hat der DMV 30 000 Mitglieder. 1901 sind es 100 000, 1911 dann 500 000 Mitglieder. In der Weimarer Republik werden die Gewerkschaften zu einer echten Macht im Staat (siehe Seite 9).

1903 »

Crimmitschauer  
Textilarbeiterin

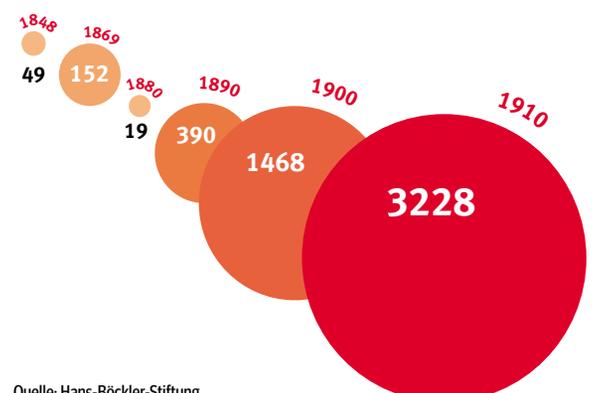
» Wenn die Fabrikantenfrauen nur einmal spüren würden, wie einem abends beim Heimweg die Knie zittern, dann würden sie ihren Männern sagen, dass elf Stunden zu viel sind.«

## 1870–1920 » Entwicklung der wöchentlichen Arbeitszeit in der Industrie, in Stunden



Quellen: Ruth Meinert, Die Entwicklung der Arbeitszeit in der deutschen Industrie 1820-1956, Münster 1958; Wilhelm Heinz Schröder, Die Entwicklung der Arbeitszeit im sekundären Sektor in Deutschland 1871 bis 1913, in: Technikgeschichte, Bd.47, 1980.

## 1848–1910 » Anzahl der Arbeitskämpfe



Quelle: Hans-Böckler-Stiftung

**D**ie Idee, die die Arbeit in den Fertigungshallen überall auf der Welt grundlegend verändern sollte, kam Henry Ford 1910 bei einem Besuch des Schlachthofs von Chicago. Der Automobilproduzent beobachtete, wie die Beschäftigten die Schweine zerlegten. Die Tiere hingen an einem Förderband, sie konnten von einem Metzger zum nächsten weitergeschoben werden. Jeder Metzger führte nur wenige Handgriffe aus. Dann schob er das jeweilige Schwein weiter. Nach seinem Besuch beschließt Henry Ford,

Autos nach dem gleichen Verfahren zusammenzubauen, wie die Metzger in Chicago Schweine zerlegen. Die Fließbänder, mit denen er seine Fertigungshallen drei Jahre später ausstattet, revolutionieren die Arbeit in der Produktion: Das entstehende Fahrzeug wird auf einem Band von Arbeiter zu Arbeiter transportiert. Jeder Arbeiter verrichtet am Fließband nur noch wenige immer gleiche Handgriffe.

Die Arbeit in der Fertigung wird in einzelne Arbeitsschritte zerlegt und standardisiert, die Herstellung eines Autos dadurch vereinfacht. Diese kleinteilige Arbeitsteilung, in der jeder Arbeiter nur noch einfache Handgriffe ausführt, ermöglicht es, die Geschwindigkeit der Produktion zu erhöhen. Die steigenden Produktionszahlen schlagen sich auch finanziell nieder – der Gewinn von Ford verdoppelt sich innerhalb weniger Jahre.

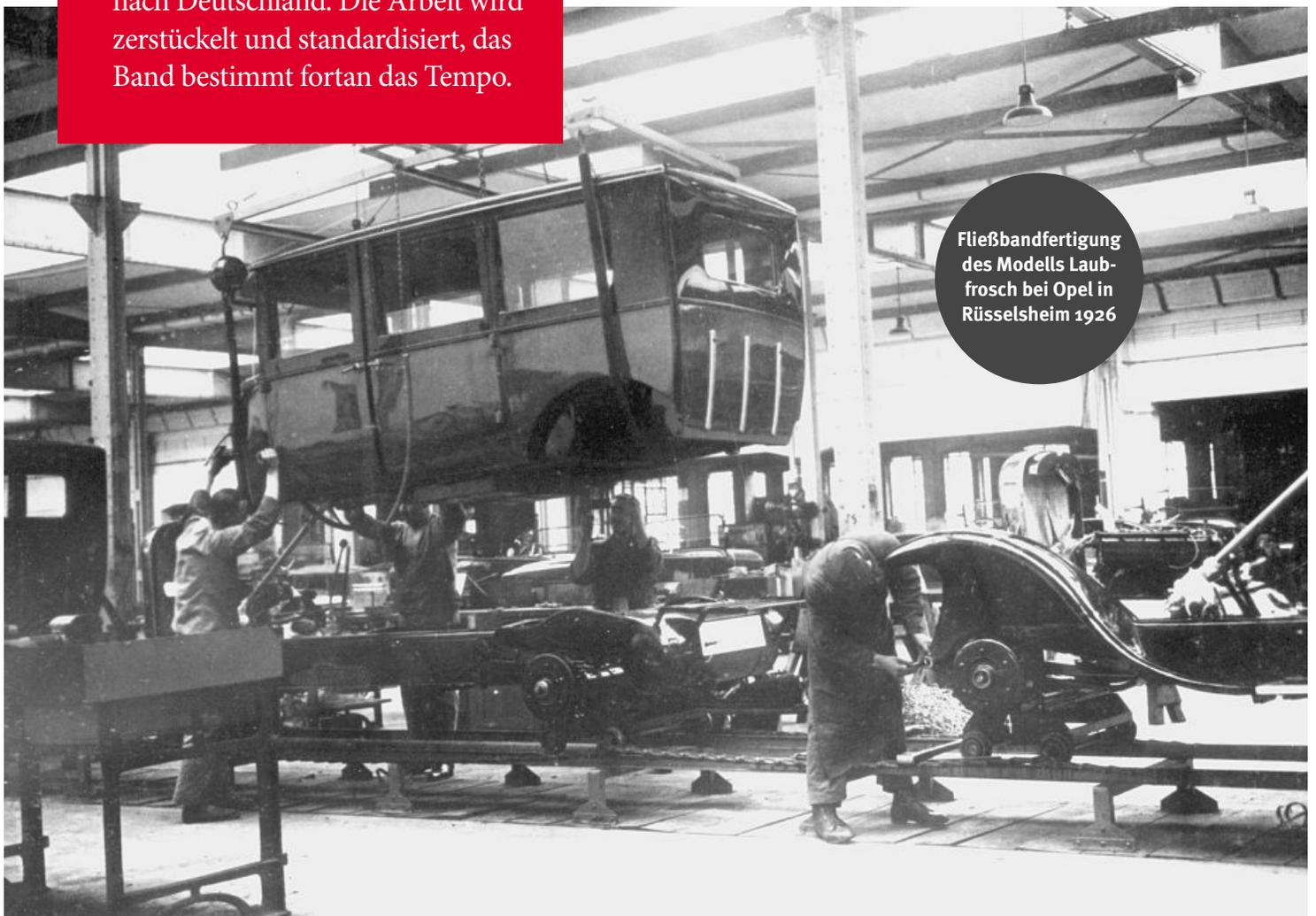
Auch in Deutschland findet das neue Fertigungsverfahren Nachahmer: 1920 fahren die Brüder Fritz und Wilhelm Opel zu Henry Ford nach Detroit. Die Automobilhersteller bauen nach ihrer Rückkehr das Opel-Werk

in Rüsselsheim radikal um. 1924 wird dort das erste Fließband Deutschlands installiert. Der erste Wagen, der in Rüsselsheim vom Band läuft, ist der »Laubfrosch«. Wie in den Fabriken von Ford geht das neue Produktionsverfahren auch in Deutschland mit geringeren Herstellungskosten einher und ermöglicht, den Preis für die Fahrzeuge kontinuierlich zu senken. Die Arbeitsbedingungen für die Arbeiter in der Fertigung verschärfen sich allerdings.

Das Fließband, nicht der Mensch, bestimmt nun das Tempo der Arbeit und für diese Arbeit braucht es keine große handwerkliche Ausbildung. An- und ungelernete Arbeitskräfte können ans Band gestellt werden, sie müssen nur ein paar Handgriffe erlernen. Die sind nicht kompliziert, im Gegenteil: Die Arbeit am Band wird immer weiter zerstückelt, immer kleinteiliger, monotoner. Die Gewerkschaften kämpfen dagegen. In den kommenden Jahrzehnten gelingt es ihnen, Taktzeiten zu erhöhen, die Arbeit am Band aufzuwerten und humaner zu gestalten. Seit Mitte der 90er-Jahre aber geht der Trend in den Fabriken wieder hin zu einer stärkeren Zerlegung der Arbeitsprozesse, hin zu Monotonie und Standardisierung. Auf welche Weise Digitalisierung die Arbeit in den Fabriken verändern wird, ist bislang nicht exakt abzusehen.

## 1913» Im Takt des Bands

**Fließband** Anfang der 1920er-Jahre dringt die Fließbandfertigung nach Deutschland. Die Arbeit wird zerstückelt und standardisiert, das Band bestimmt fortan das Tempo.



Fließbandfertigung  
des Modells Laub-  
frosch bei Opel in  
Rüsselsheim 1926



Foto: Fred Stein/pa

**Frauen im Führungskreis der Gewerkschaft? Das war selten. Die Ausnahme: Tony Sender, Chefredakteurin und Reichstagsabgeordnete**

## 1918 »

### Gewerkschaften und Betriebsräte – anerkannt in der Weimarer Republik

Die Novemberrevolution 1918 beendet den längst verlorenen Krieg. Der Kaiser dankt ab. Arbeiter- und Soldatenräte übernehmen eine Zeitlang die Macht. Deutschland wird Republik und die Gewerkschaften sind etabliert (siehe rechts). Viele Gewerkschafter werden Abgeordnete und Minister. Die Gewerkschaften verteidigen »ihre« Weimarer Republik gegen Feinde, etwa gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch 1920 (siehe unten links).

Auch in den Betrieben sind die Arbeiter und ihre Mitbestimmung endlich anerkannt. Das Betriebsrätegesetz von 1920 schreibt die Einrichtung von Betriebsräten in Betrieben ab fünf Arbeitnehmern vor, so wie es heute noch im Betriebsverfassungsgesetz steht. Viele Gewerkschafter, gerade im DMV, sehen das Gesetz jedoch als Rückschritt gegenüber der Revolutionszeit, als Arbeiterräte auch mitbestimmen, was und wo produziert wird. Am 13. Januar 1920 demonstrieren sie in Berlin. Die Polizei erschießt 42 Demonstranten.

Die Betreuung von Betriebsräten wird zu einer wichtigen Aufgabe. Der DMV gibt sogar eine eigene Betriebsräte-Zeitschrift heraus. Chefredakteurin ist die SPD-Reichstagsabgeordnete Tony Sender (Bild oben).

## 1920 »

### Kapp-Lüttwitz-Putsch

Am 13. März 1920 marschieren republikfeindliche Truppen in Berlin ein. Sie tragen bereits Hakenkreuze auf ihren Helmen. Die gewählte Regierung muss fliehen. Der Beamte Wolfgang Kapp erklärt sich zum Reichskanzler. Doch die Gewerkschaften rufen zum Generalstreik auf. Sechs Millionen Beschäftigte legen die Arbeit nieder. Der Kapp-Lüttwitz-Putsch bricht nach vier Tagen zusammen.

## 1929 »

### Weltwirtschaftskrise

Der Börsencrash am 24. Oktober 1929 in New York löst eine Weltwirtschaftskrise aus, in deren Folge in Deutschland bis 1932 sechs Millionen Menschen arbeitslos werden. Die Gewerkschaften kämpfen gegen Entlassungen, Lohnkürzungen und soziale Demontage und fordern staatliche Konjunkturprogramme – vergeblich.



Die Novemberrevolution 1918 rollt durch Berlin. Deutschland wird Republik.

## 1918 » Tarifautonomie

**Kapitalbesitzer fürchten Anarchie und Chaos. Die Gewerkschaften schließen mit ihnen ein Abkommen zur Tarifautonomie.**

Foto: AdSd der Friedrich-Ebert-Stiftung

## Der Achtstundentag gilt in allen Betrieben

Mit dem Kieler Matrosenaufstand beginnt im November 1918 die Revolution. Bereits im Januar hatten Metallarbeiter in Rüstungsbetrieben gegen den Krieg gestreikt. Angesichts der Unruhen geben die Kapitalvertreter ihren Widerstand gegen Tarifverträge auf. Sie fürchten, verstaatlicht zu werden, und sehen in Zugeständnissen an Gewerkschaften das kleinere Übel. Auch die Schwerindustriellen an Rhein und Ruhr lenken ein. Geheimrat Hilger, Vorsitzender des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrie, erklärt: »Nur durch Verhandlungen speziell mit den Gewerkschaften können wir Anarchie, Bolschewismus, Spartakusherrschaft und Chaos verhindern.« Am 15. November schließen Gewerkschaften und Arbeitgeber das Stinnes-Legien-Abkommen, in dem sie sich gegenseitig anerkennen und festlegen, welche sozialen und wirtschaftlichen Fragen sie gemeinsam regeln. Zum ersten Mal gilt Tarifautonomie.

Die Gewerkschaften hatten seit Jahrzehnten um die Anerkennung als legitime Vertreter der Arbeiterinnen und Arbeiter gekämpft. Der größte Erfolg des Abkommens ist aus Gewerkschaftssicht, dass der Vertrag die regelmäßige Arbeitszeit in allen Betrieben auf acht Stunden ohne Lohnabzug festsetzt. Arbeiterinnen und Arbeiter in allen Branchen hatten in unzähligen Streiks für kürzere Arbeitszeiten gekämpft. Allein zwischen 1910 und 1913 gibt es mehr als 9000 Streiks mit mehr als einer Million Beteiligten. Die Arbeitgeber reagieren fast immer mit Aussperrungen. 1905 streiken 10757 Beschäftigte für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen, 6084 Streikende wehren sich gegen Verschlechterung und 56 975 werden ausgesperrt. Als 1912 in Darmstadt 24 Schneider streiken, werden 200 Arbeiter in 46 Betrieben ausgesperrt.

**2. Mai 1933, 10 Uhr morgens:** In ganz Deutschland stürmen Nazitruppen die Gewerkschaftshäuser. Sie verwüsten die Büros, misshandeln und verschleppen Gewerkschafter. Die Gewerkschaften werden verboten, enteignet, zerschlagen.

Den Zeitpunkt zum Widerstand haben sie verpasst. Als die Nazis am 30. Januar 1933 an die Macht kamen, warteten sie ab. Ruhe bewahren, hieß die Devise. Notfalls könne man ja noch den Generalstreik ausrufen, wie damals 1920 beim Kapp-Putsch (siehe Seite 9). Allerdings sind die freien Gewerkschaften viel schwächer als 1920. Die Zahl ihrer Mitglieder hat sich mehr als halbiert – von 8 Millionen auf unter 3,5 Millionen.

Als die Nazis dann innerhalb weniger Wochen den Staatsapparat und die Polizei in ihre Gewalt bringen und erste Gewerkschaftshäuser besetzen, schreiben die Gewerkschaftsführer Bittbriefe. In den letzten Wochen vor der Zerschlagung bitteln sie sich bei den Nazis an, um ihre Organisation zu retten. Vielen Mitgliedern

an der Basis passt das nicht. Sie würden lieber kämpfen. Doch schließlich marschieren Tausende Gewerkschafter mit beim neuen »Tag der nationalen Arbeit« der Nazis am 1. Mai.

Die Ergebnisse nutzt nichts. Am nächsten Tag sind die freien Gewerkschaften zerschlagen. Hitler und seine Helfer haben ihre »Gleichschaltungsaktion« seit Wochen durchgeplant.

Einige Gewerkschafter werden von den Nazis an Ort und Stelle ermordet. In Duisburg etwa foltert die SS vier Gewerkschafter zu Tode, darunter auch den Zweiten Bevollmächtigten des Deutschen Metallarbeiter-Verbands vor Ort.

**Im Widerstand** Viele Gewerkschafter werden von den Nazis in die neu errichteten Konzentrationslager (KZs) verschleppt. Einige überleben die kompletten zwölf Jahre Nazidiktatur im KZ und leisten selbst dort Widerstand, etwa die Buchenwald-Gruppe um den späteren IG Metall-Bezirksleiter Willi Bleicher (siehe Seite 11, unten links).

Andere fliehen ins Ausland oder tauchen unter und wieder andere leisten Widerstand. Der Schreiner und Holzgewerkschafter Georg Elser plant 1939 ganz allein ein Attentat auf Hitler. Dreißig Nächte lang höhlt er heimlich eine Säule im Münchner Bürgerbräukeller aus. Darin versteckt er eine Bombe mit Zeitzunder, die Hitler bei seiner traditionellen Rede am 8. November töten soll, samt dem kompletten Naziführungstab. Doch Hitler geht früher als geplant. Die Bombe explodiert 13 Minuten zu spät. Elser wird im April 1945 im KZ Dachau ermordet.

Der Holzgewerkschafter und ehemalige hessische Innenminister Wilhelm Leuschner baut nach seiner Entlassung aus dem KZ eine illegale Reichsleitung der Gewerkschaften auf. Leuschner ist am Hitler-Attentat des Grafen von Stauffenberg vom 20. Juni 1944 beteiligt. Nach Hitlers Tod soll Leuschner Vizekanzler werden. Das Attentat scheitert. Leuschner wird verhaftet, gefoltert, verurteilt und gehängt.

1933 »

## Von den Nazis zerschlagen

**Nazidiktatur** Nazis stürmen die Gewerkschaftshäuser. Gewerkschafter werden verhaftet und ermordet. Viele fliehen. Einige leisten Widerstand.

Schon vor dem 2. Mai 1933 haben die Nazis zahlreiche Gewerkschaftshäuser besetzt, etwa am 11. März in Osnabrück (Foto). Die Gewerkschaftsspitzen bitteln in Bittbriefen um die Freigabe.

Unter den Nazis verboten:  
die Metallarbeiter-Zeitung.  
Sie gibt es seit 1883.



Foto: AdSD der Friedrich-Ebert-Stiftung



Foto: Audi



Foto: Robert Bosch GmbH, Stuttgart

Das durch Bomben völlig zerstörte Werk von Bosch in Stuttgart-Feuerbach

## 1945 »

# Neugründung und Wiederaufbau

Aus Trümmern Arbeiter bauen Betriebe und Gewerkschaften auf. 1948 vereinigen sich die Metaller dann zur IG Metall.

**Mai 1945** Der Krieg ist aus, Deutschland ist besetzt, die Städte und Fabriken liegen in Trümmern. Die Beschäftigten bauen ihre Betriebe wieder auf. Meist ohne Arbeitgeber. Die sind weg, in Haft oder geflohen, weil sie oft aktive Nazis waren und von den alliierten Besatzern verfolgt werden. Also übernehmen Betriebsräte die Koordination und organisieren Rohstoffe, um die Produktion wieder anzufahren. Die Betriebsratswahlen im Herbst 1946 sind die ersten demokratischen Wahlen im Deutschland der Nachkriegszeit.

Produziert wird, was zum Leben gebraucht wird. Soldatenhelme werden zu Kochtöpfen und Sieben umgestanzt, die sie bei Bauern gegen Nahrung eintauschen oder bei anderen Betrieben gegen Möbel und Baustoffe. Der Betrieb wird zum Versorgungszentrum für die Beschäftigten und

ihre Familien. Das Protokoll des Betriebsrats von Mercedes im badischen Gaggenau etwa berichtet, dass die Belegschaft Kartoffeln auf dem Werksgelände anbaut und in der Werkshalle Schweine schlachtet.

**Aufbau der IG Metall** Kaum haben die Alliierten die Nazis vertrieben, beginnen auch die Gewerkschafter mit dem Neuaufbau. Bereits am 18. März 1945, zwei Monate vor Kriegsende, gründen Gewerkschafter im gerade befreiten Aachen den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund als Einheitsgewerkschaft für alle politischen Richtungen. Das war eine Lehre aus der Zerschlagung 1933. Die Zersplitterung der Gewerkschaften in Sozialdemokraten, Kommunisten, Christen und Liberale hatte es den Nazis leicht gemacht.

In den kommenden Monaten entstehen überall zunächst lokale Gewerkschaften. In der sowjetischen Besatzungszone (SBZ), der späteren DDR, wird auf Anordnung von oben bereits im Februar 1946 der Zentralverband FDGB gegründet, im Juni 1946 dann die IG Metall in der SBZ.

Im Westen hingegen schließen sich ab 1946 die örtlichen Metallgewerkschaften zunächst zu Landesverbänden zusammen. Auf dem Vereinigungsverbandstag in Lüdenscheid 1948 verschmelzen die Verbände der amerikanischen und britischen Besatzungszone zur Industriegewerkschaft Metall der Bizone. 1949 tritt dann auch der Verband der französischen Zone der IG Metall bei.

## 1945 » Widerstand im KZ

Sie retteten einen kleinen jüdischen Jungen vor dem Tod im Konzentrationslager: der Widerstandskreis der Häftlinge im KZ Buchenwald um Willi Bleicher (links im Foto 1963) der spätere Bezirksleiter der IG Metall Baden-Württemberg. Über Monate verstecken und versorgen sie den damals dreijährigen Stefan Jerzy Zweig (rechts). Die Buchenwald-Häftlinge befreien sich kurz vor Kriegsende selbst und entgehen so der Ermordung: Sie stehlen und verstecken Waffen und überwältigen die SS-Wachen.



Foto: Werner Schloske/Akademie der Künste - Berlin

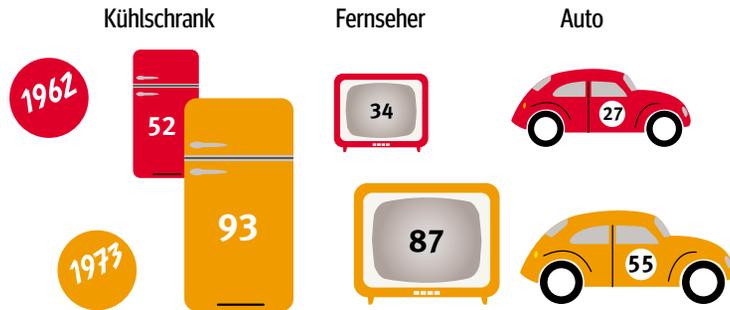
## 1949 » Tarifvertragsgesetz

Vier Jahre nach Kriegsende bekommt die Arbeit der Gewerkschaften wieder eine rechtliche Grundlage. Am 9. April 1949 tritt das Tarifvertragsgesetz in Kraft. In 13 Paragraphen regelt es bis heute das Tarifgeschehen. Erlassen hatte es der Wirtschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebiets. Fünf Monate zuvor hatten die Alliierten den Lohnstopp aufgehoben, der von den Nazis eingeführt und von den Alliierten fortgesetzt worden war. Die Gewerkschaften hatten bereits auf ihrer ersten Maidemonstration 1946 das Ende des Lohnstopps gefordert. Im November 1948 kam es zum Generalstreik in den westlichen Besatzungszonen. Über neun Millionen Arbeiter und Angestellte protestierten gegen die Preissteigerungen bei gleichzeitigem Lohnstopp. Am 3. November 1948 wurde der Lohnstopp dann endlich aufgehoben.

**Symbol des Wirtschaftswunders:**  
1955 rollt der millionste VW-Käfer vom Band.

## 1962–1973 » Der neue Wohlstand

In so viel Prozent aller Haushalte war ein ...



Quelle: Hans-Böckler-Stiftung



Foto: Herold/opa/pa

## 1951 » »Für die Demokratie«

**Montanmitbestimmung** Die IG Metall ist bereit zum Streik: für die Sicherung der Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie.

**Stahlarbeiter tragen sich in Listen für den Streik um die Montanmitbestimmung ein.**



Foto: AdSD der Friedrich-Ebert-Stiftung

**U**m Diktatur und Krieg in Zukunft zu verhindern, wollen die alliierten Besatzer die Schlüsselindustrien entflechten. Vor allem die Konzerne der Montanindustrie – Kohle, Eisen und Stahl – sollen in kleinere Unternehmen aufgespalten werden. Die Mehrheit der Deutschen will sogar ganz weg vom Kapitalismus und die Wirtschaft neu ordnen. Auch die CDU ist für die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien wie der Montanindustrie.

Zumindest sollen die Arbeitnehmer demokratisch und gleichberechtigt mitbestimmen. Die Gewerkschaften erreichen bei den Alliierten, dass Arbeitnehmer in Montanunternehmen die Hälfte der Aufsichtsratssitze erhalten und einen Sitz im Vorstand, den Arbeitsdirektor.

Auch außerhalb der Montanindustrie ist es in den Nachkriegsjahren normal, dass gewählte Betriebsräte, die den Wiederaufbau organisiert haben (siehe Seite 11), auch mitbestimmen, was produziert wird. Die neu gegründeten Bundesländer schreiben die Mitbestimmung in wirtschaftlichen Fragen fest.

**Streikdrohung bringt Erfolg** Mit Gründung der Bundesrepublik und dem Antritt der Adenauer-Regierung 1949 dreht sich der Wind. Die Unternehmer werden wieder stärker. Die Politiker ändern ihre Meinung. Die Mitbestimmung wackelt.

Die IG Metall entschließt sich daher zu handeln, um die Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie möglichst schnell abzuschließen. Im November 1950 stimmen 96 Prozent der IG Metall-Mitglieder in der Eisen- und Stahlindustrie für Streik. Das Ziel: ein Gesetz, das die Montanmitbestimmung festschreibt. Der Streik soll am 1. Februar 1951 beginnen.

Das zeigt Wirkung: Politik, Arbeitgeber und Gewerkschaften erzielen Ende Januar ein Verhandlungsergebnis. Das Gesetz kommt. Die Montanmitbestimmung gilt für alle Kapitalgesellschaften mit mehr als 1000 Beschäftigten, die Eisen, Kohle oder Stahl produzieren.

**Niederlage bei der Betriebsverfassung** Die Gewerkschaften wollen die Mitbestimmung nun auch in der übrigen Wirtschaft durchsetzen. Sie kämpfen für ein »fortschrittliches Betriebsverfassungsgesetz«. Doch die öffentliche Meinung wen-

det sich gegen sie. Der DGB gibt auf. Am 19. Juni 1952 verabschiedet die CDU-Mehrheit im Bundestag ihr neues Betriebsverfassungsgesetz – ein deutlicher Rückschritt gegenüber den Nachkriegsjahren: Aufsichtsräte werden nur zu einem Drittel mit Arbeitnehmern besetzt. Betriebsräte reden lediglich in sozialen und personellen Fragen mit. Viele Gewerkschaftsmitglieder sind enttäuscht.

**Zukunft der Mitbestimmung** Erst 20 Jahre später dreht sich der Wind erneut. 1976 dehnt die SPD-Mehrheit die Mitbestimmung auf die gesamte Wirtschaft aus: Kapitalgesellschaften mit mehr als 2000 Beschäftigten besetzen ihre Aufsichtsräte paritätisch, das heißt zur Hälfte mit Arbeitnehmern.

Im Jahr 2016 ist die Mitbestimmung erneut unter Druck. Waren es einst über 100 montanmitbestimmte Unternehmen, sind es heute noch 20. Das kritisiert auch Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU), der auf der 125-Jahr-Feier der IG Metall (Seite 4) über die Vorteile der Montanmitbestimmung sprach. »Der Gesetzgeber sollte nachdenken, ob es der Weisheit letzter Schluss ist, dass dieses Mitbestimmungsmodell in die Geschichtsbücher wandert.«

## 1954 » Weihnachtsgeld

Offiziell heißt es tarifliche Sonderzahlung, doch jeder nennt es Weihnachtsgeld. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind die Ersten, die 1954 Weihnachtsgeld bekommen. 1965 folgen die Stahlarbeiter, sie bekommen zunächst 75, 1970 dann 100 Prozent.



Metallerinnen und Metaller bekommen seit 1972 Weihnachtsgeld, die Hölzer seit 1977.

Foto: IG Metall

## 1956 » Samstags gehört Vati mir

»Samstags gehört Vati mir« lautet die Übersetzung der Forderung nach einer »Fünftagewoche bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich mit täglich achtstündiger Arbeitszeit«. Mit dem Wirtschaftsaufschwung steigt in den 1950er-Jahren die Arbeitszeit. Die Gewerkschaften halten dagegen und fordern die 40-Stunden-Woche. 1956 gelingt der IG Metall der Einstieg in die Arbeitszeitverkürzung (siehe Seite 15).



Foto: DGB-Archiv

## 1959 » Urlaubsgeld

Urlaub und Reisen sind heute für viele selbstverständlich, vor allem wenn sie dank Tarifvertrag ein zusätzliches Urlaubsgeld bekommen. 1959 setzt die Holzgewerkschaft zum ersten Mal Urlaubsgeld durch. Die Beschäftigten bekommen zwei Mark pro Urlaubstag. In der Metall- und Elektroindustrie gibt es seit 1962 ein tarifliches Urlaubsgeld.



Foto: DGB-Archiv

# Gleicher Lohn für alle

Die Wirtschaft brummt, aber unter den Beschäftigten herrscht große Ungleichheit. Frauen bekommen einen niedrigeren Stundenlohn, weil sie Frauen sind, und Arbeiter keinen Lohn mehr, wenn sie krank werden.

Angestellte bekamen seit 1861 im Krankheitsfall sechs Wochen lang ihren Lohn weitergezahlt. Wurde ein Arbeiter krank, erhielt er in den ersten drei Tagen – den Karenztagen – gar kein Geld. Danach zahlte die Krankenkasse 26 Wochen lang die Hälfte seines Grundlohns. 1954 beschloss die IG Metall ihre Forderung nach einer Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für alle. Am 24. Oktober begann der längste Streik in der Geschichte der IG Metall in Schleswig-Holstein. Nach 114 Streiktagen einigen sich IG Metall und Arbeitgeber auf einen Schlichtungsvorschlag und erzielten einen wichtigen Schritt in Richtung Lohnfortzahlung. Endgültig erreicht wurde sie 1970.

Die Frauen erreichen zur gleichen Zeit nur einen kleinen Fortschritt. Bis 1955 waren in Westdeutschland einige Lohngruppen nach Geschlech-

tern unterteilt. Frauen bekamen für die gleiche Arbeit ein Viertel weniger. In Ostdeutschland hatte gleicher Lohn für gleiche Arbeit zumindest formal seit 1949 Verfassungsrang.

Erst als 1955 eine Frau klagt, stellt das Bundesarbeitsgericht in Frauenabschlägen einen Verstoß gegen die Verfassung fest. Sie werden abgeschafft, die Lohndiskriminierung von Frauen bleibt. Statt nach Geschlechtern wurden die Lohngruppen nach der Schwere der Arbeit eingeteilt. Leichte Arbeit wurde schlechter bezahlt und Arbeit, die Frauen machten, galt in der Regel als leicht. Endgültig vorbei war es mit der Diskriminierung durch Lohngruppen erst 1988. Für gleichen Lohn kämpfen Frauen bis heute.

## 1956 » Lohnfortzahlung

114 Tage streiken Metal-  
lerinnen und Metaller  
1955/1956 in Schleswig-  
Holstein.



Foto: IG Metall, Zentralarchiv



Foto: akg-images/pa

**Panzer in Ostberlin: Sowjetische Truppen haben den Aufstand niedergeschlagen.**

## 1953 »

### 17. Juni

Am 14. Mai 1953 beschloss das Zentralkomitee der SED, die Arbeitsnormen zu erhöhen. Arbeiter sollten bei gleichem Lohn zehn Prozent mehr leisten. Das war der Auftakt für eine Welle von Protesten und Streiks in der DDR. Sie begannen am 17. Juni und hielten in einigen Regionen bis 17. Juli an, obwohl die Regierung die Normerhöhung schnell zurücknahm. In Berlin gab es blutige Zusammenstöße mit der Polizei. Sowjetische Truppen rückten mit Panzern ein und schlugen den Aufstand nieder.

Hintergrund für die Normerhöhung und die folgenden Proteste waren wirtschaftliche Probleme. Reparationszahlungen für Kriegszerstörungen, Massenfucht in den Westen und Konzentration auf die Schwerindustrie hatten dazu geführt, dass die landwirtschaftliche Produktion litt und es zu Versorgungsengpässen bei Nahrungsmitteln und Konsumgütern kam.

In der Bundesrepublik war der 17. Juni von 1954 bis 1990 Nationalfeiertag; die Proteste wurden im Westen als Aufstand gegen das kommunistische Regime gewertet.

Mit dem Wirtschaftswunder in den 1950er-Jahren steigt in Deutschland der Bedarf an Arbeitskräften. Um das wachsende Arbeitsvolumen zu bewältigen, wirbt Deutschland Arbeitskräfte im Ausland an. Das erste Anwerbeabkommen wird 1955 mit Italien geschlossen. Abkommen mit Spanien und Griechenland (1960), der Türkei (1961), mit Marokko (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) und dem damaligen Jugoslawien (1968) folgen.

Bei den Verhandlungen nehmen die DGB-Gewerkschaften eine wichtige Rolle ein: Sie stimmen einer Anwerbung nur zu, wenn ausländischen Arbeitskräften der gleiche Tariflohn wie deutschen Beschäftigten gezahlt wird, für sie das deutsche Arbeits- und Sozialrecht gilt und sie die deutschen Sozialsysteme nutzen können. Zudem müssen Betriebe Unterkünfte für die Arbeitskräfte stellen.

» Die Geschichte der IG Metall ist eine Geschichte von Migration und Integration. So wie Deutschland ein Einwanderungsland ist, sind wir im Grunde eine Migrationsgewerkschaft. Das hat uns geprägt, nach innen und nach außen.«

Christiane Benner, Zweite Vorsitzende der IG Metall, auf der 11. Bundesmigrationskonferenz der IG Metall im Juni 2016.

**Gekommen und geblieben** Die Beschäftigung sogenannter Gastarbeiter soll nur auf Zeit erfolgen, Rotation eine flexible Steuerung der Zuwanderung je nach Konjunkturlage erlauben und letztlich Einwanderung verhindern. Bald zeigt sich, dass die Realität anders aussieht. Viele Betriebe wollen nicht auf die gut eingearbeiteten Arbeiter verzichten. Wegen politischer Probleme in vielen Herkunftsländern entscheiden sich ausländische Beschäftigte immer häufiger, die Rückkehr in die Heimat zu verschieben. Wegen der Wirtschaftskrise und der zunehmenden Arbeitslosigkeit erlässt das Arbeitsministerium 1973 den Anwerbestopp. Zu dieser Zeit sind rund 2,6 Millionen ausländische Arbeitnehmer in Deutschland beschäftigt. Viele beschließen zu bleiben. Sie wissen, dass eine erneute Einreise nicht möglich ist, und holen nun ihre Familien nach.

Die IG Metall setzt seit Beginn der Anwerbung auf die Integration der ausländischen Kolleginnen und Kollegen. 1962 werden in vielen Betrieben ausländische Vertrauensleute gewählt und als Beobachter zum Gewerkschaftstag eingeladen. Im gleichen Jahr erscheinen auch immer mehr Ausgaben von metallzeitung in Türkisch, Jugoslawisch, Italienisch, Griechisch, Spanisch und Portugiesisch.

1964 kommt der millionste Gastarbeiter am Kölner Hauptbahnhof an und wird mit Blumen und Geschenken begrüßt. Erst 1965 löst das Ausländergesetz die »Verordnung über ausländische Arbeitnehmer« von 1933 und die »Ausländerpolizeiverordnung« von 1938 ab. Viele Jahre lang fordern Gewerkschaften, ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf betrieblicher Ebene rechtlich gleichzustellen, bis 1972 das geänderte Betriebsverfassungsgesetz in Kraft tritt. Seitdem darf jeder Beschäftigte unabhängig von Herkunft und Pass im Betrieb wählen und gewählt werden. Allein in der Metallindustrie geht es um 800 000 Stimmen. Diese rechtliche Gleichstellung gilt bis heute als Meilenstein für mehr politische Teilhabe von Migranten.

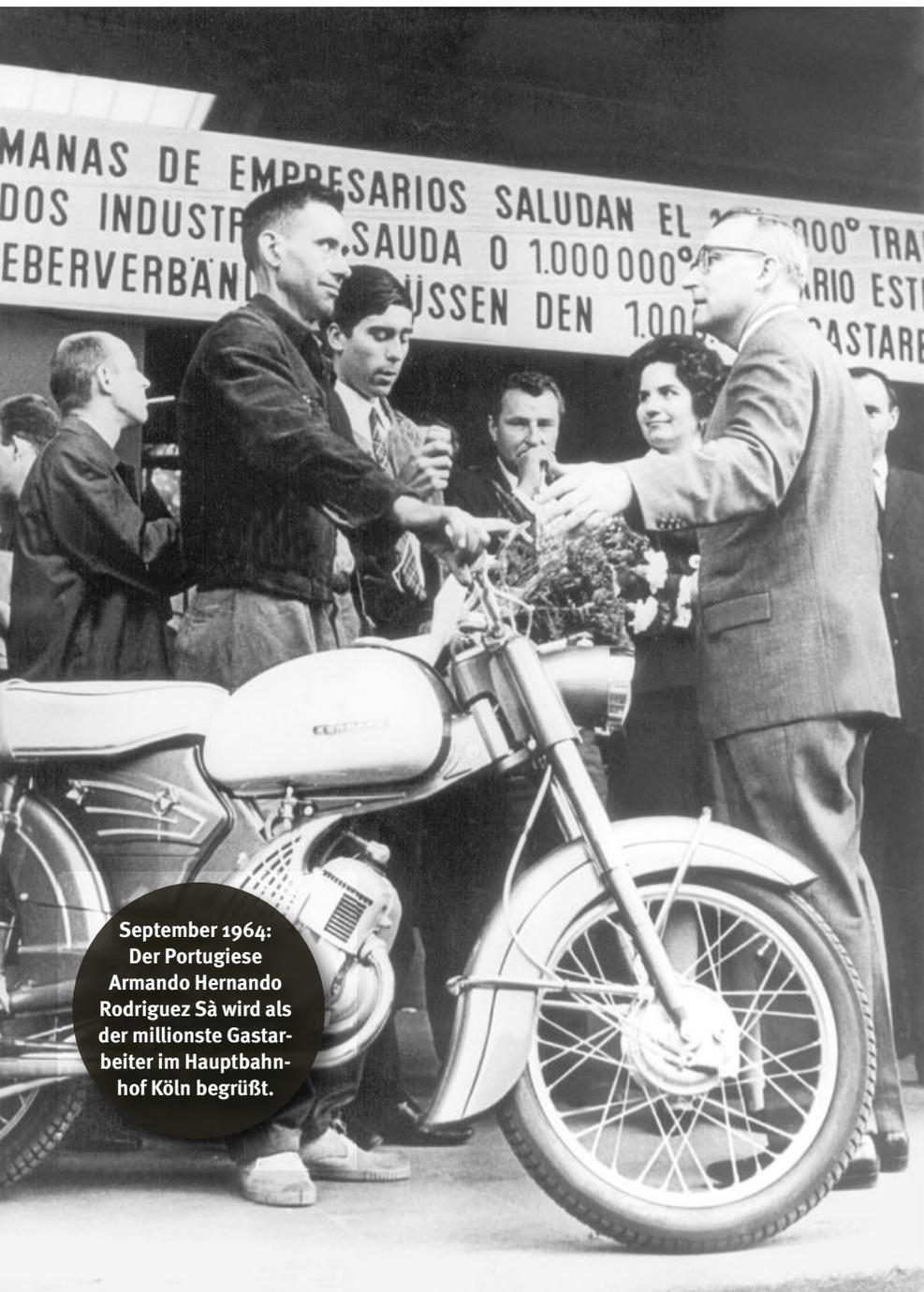


Foto: Ossinger/dpa/pa

1962»

## Viele **bleiben**

**Anwerbeabkommen** Zwischen 1955 und 1973 wirbt Deutschland auf Basis von Abkommen Arbeitskräfte aus dem Ausland.

September 1964:  
Der Portugiese  
Armando Hernando  
Rodríguez Sà wird als  
der millionste Gastarbeiter  
im Hauptbahnhof Köln  
begrüßt.

## 1955 » Betriebsnahe Gewerkschaftsarbeit

Nach der politischen Niederlage um Betriebsverfassung und Wirtschaftsordnung (siehe Seite 12) konzentriert sich die IG Metall Mitte der 1950er-Jahre auf die Betriebe. Nicht auf der Straße und in der Politik, sondern vor allem in den Betrieben will sie die Arbeits- und Lebensbedingungen verbessern. »Betriebsnahe Gewerkschaftsarbeit« ist das Motto. Dazu will die IG Metall ihre Basis in den Betrieben vergrößern. 1955 setzt sich die IG Metall das Ziel, mehr Vertrauensleute zu gewinnen: Beschäftigte, die in ihrem Betrieb Gewerkschaftsarbeit machen, neue Mitglieder gewinnen und Sprachrohr ihrer Kollegen sind. Es läuft sogar ein Pilotwettbewerb zwischen den IG Metall-Bezirken Hagen, Köln und Stuttgart, unter dem Titel »Aktion Vertrauenskörper«. Innerhalb von acht Monaten verdoppeln die drei Bezirke die Anzahl ihrer Vertrauensleute von 10 000 auf 20 000 und gründen dabei 1000 neue »Vertrauenskörper« in Betrieben, die bislang kaum gewerkschaftlich erschlossen waren.

Um ihre Vertrauensleute und Betriebsräte zu schulen, verstärkt die IG Metall ihre Bildungsarbeit. Dazu baut sie neue zentrale Bildungsstätten, zuerst 1951 die Bildungsstätten Loehr im Spessart und Heidehof bei Dortmund. 1971 nimmt das Bildungszentrum in Sprockhövel den Betrieb auf, die größte gewerkschaftliche Bildungsstätte der Welt. Die Zahl der Mitglieder steigt von 1,3 Millionen im Jahr 1950 auf über 2 Millionen 1965.

## 1966 » Vertragsarbeiter in der DDR



Foto: Klaus Morgenstern/ddp/darichiv.de/pa

### Vietnamesische Arbeiter im VEB Carl Zeiss Jena

In den 1960er-Jahren schließt die DDR Anwerbeabkommen mit den sozialistischen Bruderstaaten Algerien, Kuba, Mosambik, Ungarn, Polen und Vietnam. Offiziell heißt es, die sogenannten Vertragsarbeiter kommen, um sich in den Betrieben qualifizieren zu lassen. In Wahrheit müssen die jungen und ledigen Frauen und Männer körperlich schwer arbeiten, meist im Schichtdienst. Ihr Aufenthalt ist auf maximal zwei Jahre begrenzt und an einen bestimmten Betrieb gebunden und das Kündigungsschutzrecht stark eingeschränkt. Wer seine Arbeitsnormen nicht erfüllt oder gegen die sozialistische Arbeitsdisziplin verstößt, muss vorzeitig zurück in sein Heimatland. Eigene Interessenvertretungen für ausländische Arbeitskräfte existieren nicht. Ende 1989 lebten noch rund 94 000 Vertragsarbeiter in der DDR, zwei Drittel waren vietnamesischer Herkunft. Viele verließen Deutschland nach der Wiedervereinigung.

In den 1960er-Jahren schließt die DDR Anwerbeabkommen mit den sozialistischen Bruderstaaten Algerien, Kuba, Mosambik, Ungarn, Polen und Vietnam. Offiziell heißt es, die sogenannten Vertragsarbeiter kommen, um sich in den Betrieben qualifizieren zu lassen. In Wahrheit müssen die jungen und ledigen Frauen und Männer körperlich schwer



## 1967 » Arbeitszeit

1967 ist das Ziel erreicht: In der Metall- und Elektroindustrie gilt die 40-Stunden-Woche.

## Der Samstag ist jetzt frei

Es ist der Gewerkschaftsslogan schlechthin. Unter dem Motto »Samstags gehört Vati mir« starten alle DGB-Gewerkschaften Mitte der 1950er-Jahre ihren Kampf um kürzere Arbeitszeiten. Die Gewerkschaften fordern, die wöchentliche Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich von 48 auf 40 Stunden zu verringern. Es geht um den arbeitsfreien Samstag, um mehr Zeit für die Familie, um mehr Freizeit für die Beschäftigten und um mehr Gesundheit. Das Arbeitstempo in der Industrie hatte sich in den Jahren des Wiederaufbaus enorm erhöht. Die Zahl der Krankentage stieg und die Zahl der Unfälle am Arbeitsplatz war sehr hoch.

Mit dem Bremer Abkommen gelingt der IG Metall 1956 der Durchbruch. In allen Tarifbezirken sinkt die tarifliche Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich von 48 auf 45 Stunden pro Woche. 1959 sinkt sie auf 44 Stunden. Ein Jahr später vereinbart die IG Metall im Abkommen von Bad Homburg die stufenweise Absenkung der Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche. Doch kurz vor dem Ziel stellen sich die Arbeitgeber bei der Umsetzung quer. 1963 streiken Metalller für die 40-Stunden-Wochen. Die Arbeitgeber antworten zunächst mit Aussperrungen. Erst nach neuen Verhandlungen wird die 40-Stunden-Woche in der Metallindustrie am 1. Januar 1967 eingeführt. Damit wird die IG Metall zum Vorreiter bei der Arbeitszeitverkürzung. Andere Branchen ziehen nach. Doch erst Ende der 1970er-Jahre gehört »Vati« fast überall samstags der Familie.

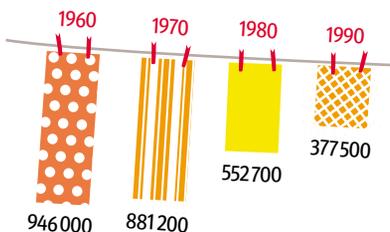
**1970 »**

**Wirtschaftswunder, ade!**

Die rosigen Zeiten des »Wirtschaftswunders« in der Wiederaufbauphase im Westen nähern sich ihrem Ende. Die internationale Konkurrenz verschärft sich, die Wirtschaft durchlebt eine Welle von Rationalisierungen und Firmenschließungen. Davon sind auch viele Arbeiterinnen betroffen. Typische Frauentätigkeiten wie Löten, Fräsen, Bestücken, Montieren erledigen jetzt Roboter und Automaten. Klassische Frauenbetriebe verschwinden, vor allem in der Textil- und Bekleidungsindustrie. Der Konkurrenz der Billiglohnländer sind sie nicht gewachsen. Von den rund 881 200 Arbeitsplätzen, die es 1970 in der einst starken Industriebranche noch gab, existieren heute nur noch weniger als ein Zehntel. In der DDR gab es die gleiche Entwicklung nach der Wiedervereinigung.

Heute arbeiten knapp 79 000 Beschäftigte in der Branche. Dank Investitionen in Forschung und Entwicklung, innovativer Designs, hochwertiger Marken und zukunfts-trächtiger Produkte wie technische Textilien kann sich die Branche auf dem internationalen Markt behaupten.

**Rückgang der Arbeitsplätze in der westdeutschen Textil- und Bekleidungsindustrie von 1960 bis 1991**



Quelle: Gewerkschaft Textil-Bekleidung

**1976 »**

**Sänger Biermann ausgebürgert**

Eine Konzertreise, zu der die IG Metall den Liedermacher Wolf Biermann eingeladen hatte, machte den Sänger aus der DDR über Nacht bekannt. Gleich den ersten Auftritt, am 13. November in der Kölner Sporthalle, nutzte das Politbüro der SED, um ihn auszubürgern. Biermann hatte sich in Köln kritisch über die DDR geäußert. Einige Tage später übertrug die ARD das Konzert in voller Länge. Viele DDR-Bürger erfuhren dadurch zum ersten Mal etwas über Biermann.



Foto: Manfred Scholz/Fotoarchiv Ruhr-Museum

**1971 »**

**Frauenbewegung**

**Gewerkschafterinnen kämpfen gemeinsam mit vielen anderen Frauen für gleiche Rechte zu Hause, im Betrieb und in der Gesellschaft.**

**Arbeitnehmerinnen der Firma Heinze in Gelsenkirchen demonstrieren 1977 für gleiche Löhne.**

**Schwestern, zur Sonne, zur Gleichheit!**

1971 bekennen prominente Frauen im »Stern«: »Wir haben abgetrieben«. Auch die IG Metall setzt sich auf ihrem Gewerkschaftstag 1971 für Straffreiheit bei Schwangerschaftsabbrüchen ein. Der Kampf gegen den Paragraphen 218 steht am Anfang der neuen Frauenbewegung. Gewerkschaftsfrauen sind Teil von ihr. Sie fordern das Recht auf Erwerbstätigkeit, gleichen Lohn für gleiche Arbeit und Gleichberechtigung im Privat- und Erwerbsleben, in Politik und Gesellschaft.

In der DDR, in der nach dem Krieg chronischer Arbeitskräftemangel herrscht, ist Frauenerwerbstätigkeit von Anfang an Normalität, in der jungen Bundesrepublik die Ausnahme. Bis in die 70er-Jahre brauchen verheiratete Frauen, die arbeiten gehen wollen, im Westen die Erlaubnis

ihrer Männer. Dabei sind Frauen seit Beginn der Industrialisierung erwerbstätig, anfangs oft als »Lohndrückerinnen« bekämpft. Sie leisten im Ersten Weltkrieg Schwerstarbeit in Bergwerken, an Hochöfen, in Munitionsfabriken. Aber sie sind vor allem »industrielle Reservarmee«, werden geholt, wenn Mangel an Männern besteht, und wieder nach Hause geschickt, wenn sie nicht mehr gebraucht werden. So auch in den 70er-Jahren: Als die Arbeitslosigkeit ansteigt, werden berufstätige Frauen als »Doppelverdiener« diffamiert.

Heute mischen Frauen überall mit: in Betriebsräten, in der Politik. Die IG Metall hat inzwischen eine Frau als Zweite Vorsitzende. Es gibt Fortschritte auf dem Weg zur Chancengleichheit, aber es bleibt noch einiges zu tun.

**1979 » Friedensbewegung** Der NATO-Doppelbeschluss 1979,

die geplante Stationierung von Raketen und Marschflugkörpern in Westeuropa, ist der Auslöser für eine große Friedensbewegung.

1982 nehmen in Bonn eine halbe Million Menschen an einer Kundgebung für Frieden und Abrüstung teil, 1983 an einem Aktionstag 1,3 Millionen. Unter ihnen viele Metalldamen und Metallarbeiter. Betriebsräte in Rüstungsfirmen gründen Arbeitskreise, die Ideen für die Umstellung militärischer Produkte auf zivile entwickeln. Der Einsatz für Frieden hat in der IG Metall eine lange Tradition: Sie reicht von der »Kampf dem Atomtod«- und »Ohne mich«-Bewegung gegen die Wiederbewaffnung in den 1950er-Jahren bis zu den Ostermärschen in den 60ern.



Illustration: www.dfg-vk.de

**E**in neues Wort macht Karriere: Lebensqualität. 1972 kommen 1250 Menschen nach Oberhausen, zum Kongress der IG Metall: »Aufgabe Zukunft: Qualität des Lebens«.

Fast zeitgleich veröffentlicht der Club of Rome seine berühmt gewordene Studie »Die Grenzen des Wachstums«, die die Volkswagenstiftung mitfinanziert hatte. In den mehr als 20 Jahren nach dem Krieg hieß gutes Leben vor allem: immer mehr produzieren, immer mehr konsumieren. Genießen und zeigen, was man sich leisten kann. Nun schlagen mit voller Wucht die negativen Folgen auf: Verkehrsstaus, Luftverschmutzung, vergiftete Flüsse und Böden, Krebs- und andere Erkrankungen durch Giftstoffe im Betrieb. Der Club of Rome warnt: Wenn Industrialisierung, Umweltverschmutzung und Ausbeutung der Natur und Rohstoffe global so weitergehen, stößt das Wachstum bald an seine Grenzen.

Schon 1961 hatte Willy Brandt den »blauen Himmel über der Ruhr« als Zukunftsvision beschrieben. In den 70er-Jahren engagieren sich Metallerinnen und Metaller in Bürgerinitiativen gegen Firmen, die Gifte in Flüsse leiten und Schadstoffe über Schornsteine in die Atmosphäre pusten. Die Mitglieder der IG Metall diskutieren und beschließen Konzepte für »qualitatives Wirtschaftswachstum«. Statt immer mehr wie bisher: immer besser. Sie fordern Investitionen in den Umweltschutz, in umweltfreundliche Produkte, gesunde Arbeitsbedingungen und ein lebenswertes Wohnumfeld – in Lebensqualität eben.

Seitdem hat die Umwelt einen festen Platz unter den Tophemen der IG Metall. 1988 startet die IG Metall in Baden-Württemberg in den

Betrieben die Kampagne »Tatort Betrieb«. Ziel ist, umwelt- und gesundheitsschädliche Arbeitsstoffe, wie Lösemittel, aus der Produktion zu verbannen und durch unschädliche zu ersetzen. Die erfolgreiche Kampagne findet Nachahmer in anderen Bezirken. Unter dem Motto »Umsteuern, bevor es zu spät ist« nimmt die IG Metall ab 1990 die Verkehrsprobleme ins Visier.

**Ende der 60er-, Anfang der 70er-Jahre** rücken verstärkt die Arbeitsbedingungen in den Fokus gewerkschaftlicher Arbeit. Ging es in den Jahrzehnten zuvor hauptsächlich um die Durchsetzung von Einkommenserhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen, steht jetzt die Qualität der Arbeit im Mittelpunkt. Die Durchsetzung des »Lohnrahmentarifvertrags II für die nordwürttembergische und nordbadische Metallindustrie« im Jahr 1973 zeigt, dass die Beschäftigten bereit sind, auch für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf die Straße zu gehen – nicht nur, um materielle Vorteile für sich zu erkämpfen. Nach dreiwöchigem Streik

werden die sogenannte Steinkühlerpause von acht Minuten persönlicher Erholungszeit pro Stunde durchgesetzt und längere Taktzeiten am Fließband geregelt. Im parallel vereinbarten Manteltarifvertrag wird durchgesetzt, dass ältere Beschäftigte ab 53 Jahren vor Kündigung sowie ab 54 Jahren vor Abgruppierung und Lohnverlust geschützt sind.

Ein Jahr später, 1974, startet das vom damaligen Bundesforschungsminister Hans Matthöfer initiierte Aktions- und Forschungsprogramm »Humanisierung des Arbeitslebens«. Das Programm, das von einem breiten Bündnis aus Bundesregierung, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden getra-

gen wird, liefert handfeste Ergebnisse. Diese reichen von beteiligungsorientierten Organisationsmodellen in der Montage über den Abbau negativer Umgebungseinflüsse etwa bei Lärm und Asbest bis hin zu einer menschengerechten Gestaltung von Werkzeugmaschinen. 1989 wird das Programm in »Arbeit und Technik« umbenannt und neu konzipiert.

Die Humanisierung der Arbeit wird auch weiter elementar für gewerkschaftliche Arbeit bleiben. Mit ihrer Initiative »Gute Arbeit« setzt die IG Metall Maßstäbe bei der Gestaltung von Arbeit, die Gesundheit und Lebensqualität erhält und in der jeder seine Fähigkeiten einbringen und entwickeln kann.



Der Plakatkünstler Klaus Staeck gestaltete 1977 das 1.-Mai-Plakat – eine Satire auf die Umweltverschmutzung durch die Industrie.

Sie fordert schadstoffärmere Autos, Recycling wiederverwertbarer Teile, schadstoffarme und energiesparende Motoren, mehr Investitionen in die Sicherheitstechnik, Ausbau des öffentlichen Verkehrs und eine intelligente Vernetzung von Radwegen, Autos, Bussen, Bahn und Lkws. Mit ihren Vorschlägen übernimmt sie eine mutige Vorreiterrolle. Die meisten der inzwischen 26 Jahre alten Forderungen sind heute aktueller denn je.

Kein Material verschwenden, wertvolle Rohstoffe effizient, also sparsam, einsetzen, den Energieverbrauch in der Produktion senken – dazu hat die IG Metall politische Forderungen und betriebliche Konzepte entwickelt. Sie vermittelt Betriebsräten Fachleute, die ihnen helfen, den Umweltschutz im Betrieb zu verbessern.

**Markt mit Zukunft** Was gut für die Umwelt ist, ist auch gut für die Menschen – auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter ihnen. Ökologie und sichere Arbeitsplätze sind keine Gegensätze, sondern Umwelt- und Klimaschutz schaffen Arbeitsplätze und sichern sie für die Zukunft. Das ist die Überzeugung der IG Metall, seit Umweltprobleme die Lebensqualität bedrohen. Klimaschutz, erneuerbare Energie, Umwelt- und Effizienztechnologien sind ein großer weltweiter Wachstumsmarkt, auf dem die deutsche Wirtschaft eine wichtige Rolle spielen kann. Mindestens 1,5 Millionen Menschen verdienen jetzt schon ihr Geld mit grüner Technik. Allein in der erneuerbaren Energie, wie der Windenergie, sind in Deutschland rund 370 000 Menschen beschäftigt, 2020 werden es nach Prognosen eine halbe Million sein.

Plakat: Klaus Staeck

## 1973 »Humanisierung der Arbeit

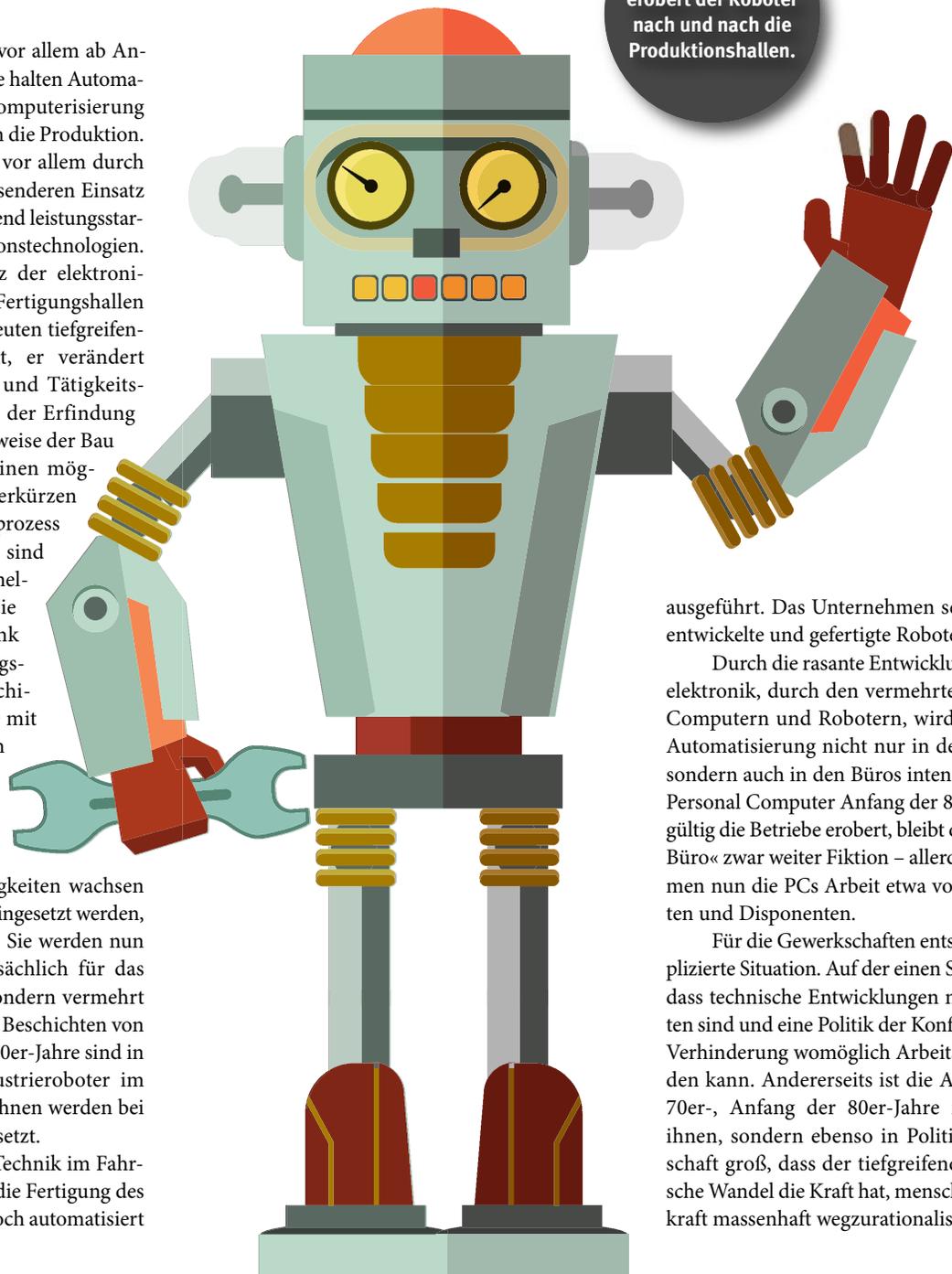
**I**n den 70ern und vor allem ab Anfang der 80er-Jahre halten Automatisierung und Computerisierung verstärkt Einzug in die Produktion. Möglich wird das vor allem durch den immer umfassenderen Einsatz von neu entwickelten, zunehmend leistungsstarken Elektronik- und Informationstechnologien.

Der massenhafte Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung in Fertigungshallen und Büros führt zu einem erneuten tiefgreifenden Wandel der Arbeitswelt, er verändert Qualifikationsanforderungen und Tätigkeitsprofile der Beschäftigten: Mit der Erfindung des Mikrochips wird beispielsweise der Bau sich selbst steuernder Maschinen möglich. Die CNC-Maschinen verkürzen den bisherigen Produktionsprozess um ein Vielfaches – und sie sind nicht teurer als die konventionellen Werkzeugmaschinen, die bislang eingesetzt wurden. Dank der elektronischen Steuerungstechnik ist es mit CNC-Maschinen nun möglich, Werkstücke mit größter Präzision automatisch herzustellen.

Auch Industrieroboter erobern nach und nach die Produktions- und Fertigungshallen. Ihre technischen Fähigkeiten wachsen stetig, die Arbeiten, für die sie eingesetzt werden, weiten sich kontinuierlich aus. Sie werden nun nicht mehr wie zuvor hauptsächlich für das Punktschweißen eingesetzt, sondern vermehrt auch in der Montage und beim Beschichten von Werkstücken. Bis Anfang der 80er-Jahre sind in Deutschland rund 1200 Industrieroboter im Einsatz. Die allermeisten von ihnen werden bei der Fertigung von Autos eingesetzt.

Ein Vorreiter der neuen Technik im Fahrzeugbau ist VW. So wird etwa die Fertigung des Golf II ab 1983 in Wolfsburg hoch automatisiert

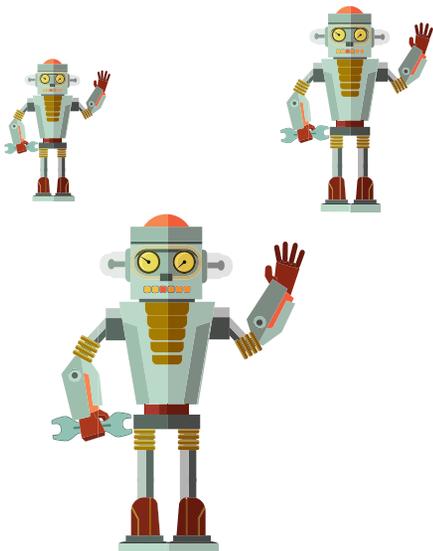
In den 80er-Jahren erobert der Roboter nach und nach die Produktionshallen.



ausgeführt. Das Unternehmen setzt hier selbst entwickelte und gefertigte Roboter ein.

Durch die rasante Entwicklung der Mikroelektronik, durch den vermehrten Einsatz von Computern und Robotern, wird der Grad der Automatisierung nicht nur in der Produktion, sondern auch in den Büros intensiviert. Als der Personal Computer Anfang der 80er-Jahre endgültig die Betriebe erobert, bleibt das »papierlose Büro« zwar weiter Fiktion – allerdings übernehmen nun die PCs Arbeit etwa von Schreibkräften und Disponenten.

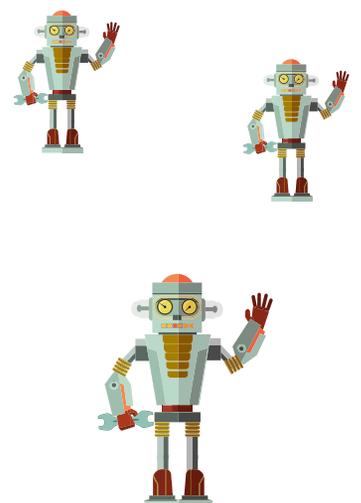
Für die Gewerkschaften entsteht eine komplizierte Situation. Auf der einen Seite wissen sie, dass technische Entwicklungen nicht aufzuhalten sind und eine Politik der Konfrontation oder Verhinderung womöglich Arbeitsplätze gefährden kann. Andererseits ist die Angst Ende der 70er-, Anfang der 80er-Jahre nicht nur bei ihnen, sondern ebenso in Politik und Gesellschaft groß, dass der tiefgreifende technologische Wandel die Kraft hat, menschliche Arbeitskraft massenhaft wegzurationalisieren.



## Die 80er-Jahre» Wir sind die **Roboter**

**Automatisierung** Entwicklung und Einsatz von Mikroelektronik, Computer und Roboter verändert die Arbeitswelt grundlegend.

Illustration: valeriykatrevich/Fotolia



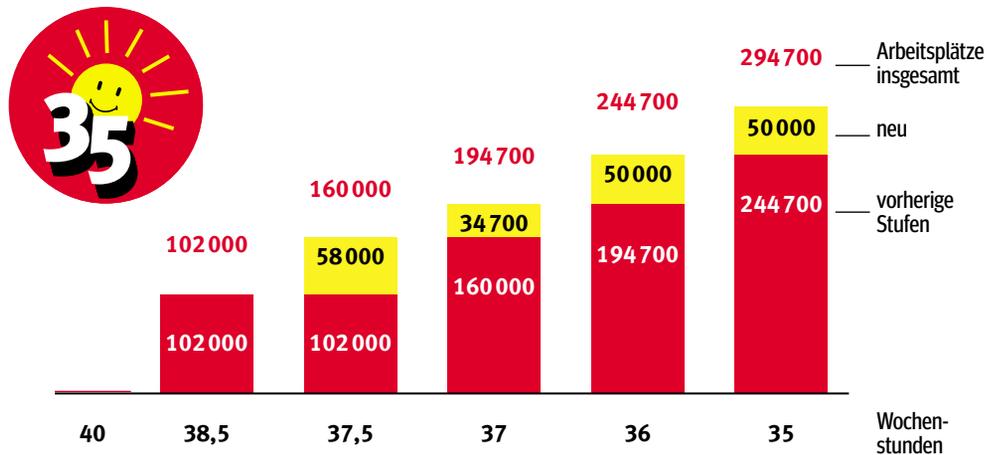
## Fünf Stunden mehr zum Leben, Lieben, Lachen

Anfang der 80er-Jahre steigt die Zahl der Erwerbslosen auf 2,5 Millionen. In der Politik endet die Ära der sozialliberalen Koalition. Und die Kohl-Regierung startet ihren Sozialabbau. Die Antwort der IG Metall auf die Probleme des Arbeitsmarkts heißt: 35-Stunden-Woche. Mit ihrer Forderung nach kürzeren Arbeitszeiten bei vollem Lohnausgleich will sie Arbeit gerechter verteilen und menschlicher machen: »Mehr Zeit zum Leben, Lieben, Lachen« – dafür steht die 35-Stunden-Sonne. Die Arbeitgeber sind strikt dagegen. Die schwarz-gelbe Bundesregierung und die Medien sind auf ihrer Seite. Die größte soziale Machtprobe der Nachkriegszeit bahnt sich an.

Der Streik beginnt am 14. Mai 1984 im Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden, in Hessen eine Woche später. 57 500 Beschäftigte in 23 Betrieben legen die Arbeit nieder. Streiktage werden zu Streikfesten. Die Arbeitgeber kontern mit Aussperrung. Sie setzen Beschäftigte ohne Lohn vor die Tür. Zuerst 155 000 in den umkämpften Tarifgebieten, in denen die IG Metall Streikgeld zahlt. Später auch außerhalb der Kampfgebiete, obwohl die kalte Aussperrung juristisch umstritten ist. Bald stehen eine halbe Million Ausgesperrte vor den Toren – fast zehnmal so viele wie Streikende. Normalerweise zahlt das Arbeitsamt in diesem Fall Kurzarbeitergeld. Doch der Chef der Bundesanstalt

### 1985 » Arbeitsplätze dank 35-Stunden-Woche

Gesicherte und zusätzliche Arbeitsplätze als Folge der Arbeitszeitverkürzungen seit 1985:



Quelle: IG Metall-Berechnungen

für Arbeit, Heinrich Franke, verfügt: »Um den Arbeitskampf zu verkürzen«, gibt es kein Geld für die kalt Ausgesperrten. Die IG Metall klagt gegen den Franke-Erlass. Streikgeld für eine halbe Million Ausgesperrte – das hätte die Gewerkschaft rasch ausbluten lassen.

Überall in der Republik gehen Tausende gegen die Aussperrung auf die Straße. Am 28. Mai demonstrieren mehr als 250 000 Menschen in

Bonn in strömendem Regen (Bild unten). Am 21. Juni erklären die Gerichte den Franke-Erlass für rechtswidrig. Das Arbeitsamt muss Kurzarbeitergeld zahlen. Fünf Tage später kommt schließlich die Einigung, nach sechs Wochen Streik: Verkürzung auf 38,5 Stunden – gegen flexiblere Arbeitszeiten. Der Einstieg ist geschafft: Bis 1995 sinkt die Arbeitszeit schrittweise auf 35 Stunden.



Mehr als 250 000 Metaller demonstrieren im Mai 1984 in Bonn für die 35-Stunden-Woche.

### 1978 »

#### Sechs Wochen Urlaub

Bereits 1978 streikten die Stahlarbeiter für kürzere Arbeitszeiten. Ein Einstieg in die 35-Stunden-Woche gelingt ihnen nicht. Dafür gibt es 30 Tage Urlaub statt der gesetzlichen 24 Tage pro Jahr. Die Textiler holen sich 1981, Metallerrinnen und Metaller 1982 den sechswöchigen Jahresurlaub.

Jens Rothe ist 1990 20 Jahre alt. »Niemand hatte damit gerechnet, dass die Teilung überwunden wird.« Er auch nicht, aber als es passiert, ist er »voller Euphorie«. Sein Studium lässt er sausen, weil er zweifelt, dass es im vereinigten Deutschland noch etwas wert ist. Er geht zum VEB Sachsenring in Zwickau und baut Trabis. Die Trabant-Produktion wird zwar bald eingestellt, weil jetzt alle Westautos haben wollen, aber er findet schnell Arbeit bei VW Sachsen in Mosel, baut von jetzt an Polos und später Golfs. 1990 tritt er in die IG Metall ein. Seit 1996 ist er Betriebsratsvorsitzender. Inzwischen ist er 46, verheiratet, hat zwei Kinder und eine Arbeit, die ihm gefällt. Es geht ihm gut.

Nicht jeder hat so viel Glück wie Jens Rothe. Von rund 12000 Beschäftigten des früheren Trabi-Werks bleiben am Ende keine 1000 übrig. In Scharen wandern junge Menschen in den Westen ab. »Ein Aderlass für die Region, unter dem wir heute noch leiden.«

1990 verspricht Kanzler Helmut Kohl den Ostdeutschen »blühende Landschaften«, eine Zukunft in Wohlstand. Doch das Gegenteil tritt ein. Während die westdeutsche Wirtschaft dank der neuen Absatzmärkte eine Sonderkonjunktur erlebt, bricht die ostdeutsche nach der Übernahme der D-Mark, die einer Aufwertung um 450 Prozent gleich-

kommt, zusammen. Sechs Millionen Arbeitsplätze gehen verloren. In manchen Regionen ist jeder Dritte arbeitslos. Die IG Metall fordert, »industrielle Kerne« zu erhalten. Vergebens. Mithilfe oft unseriöser Glücksritter aus dem Westen zerlegt die Treuhand Industriebetriebe, schließt For-

schungsabteilungen, verkauft Betriebe oder macht sie platt. Übrig bleiben verlängerte Werkbänke westdeutscher Firmen. Und wenige Leuchttürme, die Westunternehmen wie Volkswagen aufbauen.

Schon 1990 wird die IG Metall aktiv, baut gewerkschaftliche und Betriebsratsstrukturen auf. Metaller versuchen, Firmen zu retten, engagieren sich für die Ansiedlung neuer Unternehmen und bessere Wirtschaftsstrukturen in den Regionen.

Jetzt, ein gutes Vierteljahrhundert nach dem Mauerfall, wächst die Wirtschaft, hinkt aber immer noch hinter dem Westen her. Auch nach einem Vierteljahrhundert lässt sich feststellen: Die Herstellung der sozialen Einheit, gesellschaftlich und in der Arbeitswelt, bleibt eine Herausforderung. »Trotzdem: Die Kolleginnen und Kollegen, für die Tarifverträge gelten, sind ganz gut dran«, sagt Jens Rothe. In ostdeutschen Metallbetrieben ist jedoch nicht mal jeder Fünfte tarifgebunden, im Westen immerhin mehr als jeder Zweite. Immer noch ziehen viele Junge weg, weil die Arbeitsbedingungen im Westen besser sind. »Wir Metaller«, sagt Jens Rothe, »haben uns gleichen Arbeits- und Lebensbedingungen in Ost und West verschrieben. Wir haben noch einiges zu tun.«



Foto: Inge Werth

**Wissen auf Rädern:  
Die roten Büros der  
IG Metall sind nach der  
Wende in ganz Ost-  
deutschland unterwegs.**

## 1990 » Noch geteilt

**Wirtschaft Ost** Auferstanden  
aus Ruinen und der Zukunft  
zugewandt: Die Wirtschaft im  
Osten wächst wieder, auch wenn  
sie noch hinterherhinkt.



**Vier Jahre danach:  
Verkohlte  
Landschaften**

Helmut Kohl  
versprach 1990 »blühende  
Landschaften«. metallzeitung bilanzierte 1994, was  
daraus wurde.





Foto: Florian Pejnak/dpa/pa

## 1992 » Rechtsextremismus

Die erste Lichterkette gegen Rassismus bilden Demonstrierende in München.

# Mahnwachen gegen rechts

Rund um die politischen Diskussionen über die Änderung des Ausländerrechts und des Asylverfahrensgesetzes kommt es zwischen 1991 und 1993 zu zahlreichen Gewalttaten mit fremdenfeindlichen Hintergründen. Höhepunkt rechter Gewaltexzesse sind die Übergriffe auf Asylbewerberheime in Hoyerswerda und Rostock sowie die Brandanschläge auf Wohnhäuser türkischer Familien in Mölln und Solingen. In den Flammen sterben insgesamt acht Frauen und Mädchen, zahlreiche Menschen werden verletzt.

Die Auseinandersetzung um Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit erreicht auch in den Betrieben eine neue Qualität. Nach einem Aufruf der IG Metall versammeln sich Ende November 1992 erstmals flächendeckend Belegschaften während der Arbeitszeit zu Schweigeminuten und Mahnwachen. Am Tag der Trauerfeier für die Mordopfer von Mölln legen rund 300 000 Metalloberinnen und Metallober die Arbeit nieder, um

im stillen Protest ein Zeichen gegen den Naziterror zu setzen. Anfang Dezember 1992 gehen in München über 400 000 Demonstranten auf die Straße und bilden mit Kerzen, Lampions und Fackeln eine 45 Kilometer lange Lichterkette. Es ist die bislang größte Demonstration gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland.

Bis heute engagiert sich die IG Metall für einen toleranten Umgang mit Migranten, schließt sich Aktionsbündnissen an, organisiert Kundgebungen gegen rechts und unterstützt betriebliche Interessenvertretungen bei der Integration von Beschäftigten mit Migrationshintergrund. Seit 2011 beteiligt sich die IG Metall an der Initiative »Respekt! Kein Platz für Rassismus«, mit der sie gegen rechte Hetze und Rassismus mobil macht. Im Februar 2016 schließt sie sich dem DGB und neun Partnern der »Allianz für Weltoffenheit« an, die für eine offene Haltung gegenüber Geflüchteten wirbt.

## 1996 » Proteste gegen Sozialabbau

»Wenn ich das Wort Reform höre, halte ich mein Portemonnaie fest.« Dieser Satz macht unter Metallern die Runde, als die schwarz-gelbe Regierung und ab 1998 die rot-grüne ihre »Reformen« durchpeitschen. Anfang 1997 sind fast 4,7 Millionen Menschen arbeitslos. Während die IG Metall unter anderem Investitionsprogramme, mehr Ausgaben für Forschung und Bildung und kürzere Arbeitszeiten fordert, beginnt die Regierung unter Helmut Kohl, die Renten und Leistungen der Krankenkassen zu kürzen. Die Agenda 2010 seines Nachfolgers Gerhard Schröder bringt ab 2003 mit den Hartz-IV-Gesetzen massive Nachteile für Arbeitslose: Das Arbeitslosengeld wird gekürzt und die Kriterien für zumutbare Arbeit werden verschärft.

Die Reaktion ist eine große, lang anhaltende Welle von Protesten. Schon 1996 demonstrieren in Bonn mehr als 350 000 Menschen gegen die Kohl-Pläne, darunter viele Metalloberinnen und Metallober. Ende 2003 fordern 100 000 in Berlin die Rücknahme aller Sozialkürzungen. 2004 sind eine halbe Million Menschen in Berlin, Stuttgart und Köln auf den Straßen. 2007 gibt es Proteste vor allem gegen die Rente mit 67. Im Jahr 2010 demonstrieren über 100 000 für gerechte Löhne, ein solidarisches Gesundheitssystem, starke öffentliche Leistungen und qualifizierte Bildung.

**In Nürnberg demonstrieren 2010 mehr als 30 000 Menschen für einen Kurswechsel in der Politik.**



Foto: Andreas Gummer

## 1995 »

### Bündnis für Arbeit

Aufschwung ohne Arbeit. Während die Gewinne steigen, überspringt die Arbeitslosenquote Mitte der 90er-Jahre zum ersten Mal seit Bestehen der Bundesrepublik die Zehnprozentmarke. Die Arbeitgeber behaupten, das liege an zu hohen Entgelten, und wollen die Arbeitslosigkeit nutzen, um die Löhne zu drücken. Die IG Metall widerspricht, dringt mit ihrer Analyse aber in der Öffentlichkeit nicht durch. In dieser Situation schlägt sie 1995 ein »Bündnis für Arbeit« vor, mit einem Angebot: Wir verzichten auf Lohnerhöhungen, die über den Inflationsausgleich hinausgehen, wenn die Arbeitgeber die Mehrarbeit verringern und in den folgenden drei Jahren jeweils 100 000 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. In der Öffentlichkeit erhält die IG Metall viel Lob für ihre Initiative. Das Projekt scheitert aber an der Weigerung der Arbeitgeber.

## 90er-Jahre »

### Gläserne Arbeitnehmer

Seit den 90er-Jahren ist das von George Orwell 1949 geschriebene Buch »1984« über die totale Überwachung des Menschen in aller Munde. In den Betrieben wächst die Angst vor umfassender Kontrolle: Gantests, Videokameras, Firmenausweise mit RFID-Chips, Webcams in Maschinen, CNC-Steuerung, elektronische Mails, Smartphones, Internet – mit neuen Diagnosemethoden und Informationstechnologien wird jeder Schritt, jede Tat und Leistung kontrollierbar. Datenschutz wird zu einem der wichtigsten Themen für Betriebsräte.

## 1996 »

### Aufstand für die Lohnfortzahlung

1996 kürzt die Kohl-Regierung die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auf 80 Prozent, weil die Arbeitnehmer angeblich zu viel krankfeiern. Die Metallarbeitgeber wollen das neue Gesetz sofort anwenden – und dabei Tarifverträge mit der IG Metall brechen.

Speerspitze der Arbeitgeber ist der Autobauer Daimler: Der Vorstand verkündet, dass es ab Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Oktober nur noch 80 Prozent Lohnfortzahlung gibt. Andere Unternehmen warten zunächst ab, was bei Daimler geschieht.

Die IG Metall nimmt den Kampf um die Lohnfortzahlung an, die sie 1957 in einem sechzehnwöchigen Streik erkämpft hatte (Seite 13). 25 000 Daimler-Beschäftigte legen am 1. Oktober spontan die Arbeit nieder und protestieren auf den Werkshöfen. Bei einem Aktionstag demonstrieren bundesweit 350 000 Beschäftigte.

Der »Wut-Aufstand«, wie die Bild-Zeitung titelt, zeigt Wirkung: Mitte Oktober gibt Daimler auf. Die Arbeitgeber lenken ein und verhandeln. Die IG Metall setzt Tarifverträge durch, die die volle Lohnfortzahlung trotz Gesetz garantieren. 1999 setzt dann die Schröder-Regierung die volle Lohnfortzahlung per Gesetz wieder in Kraft.

## 2003 / 2004 »

### Moderne Tarifverträge

Im neuen Jahrtausend handelt die IG Metall moderne Tarifverträge aus. 2003 schafft sie mit den Entgeltrahmen-Tarifverträgen (ERA-TV) die alte Trennung zwischen Arbeitern und Angestellten ab. Beide werden nun nach einem gemeinsamen Tarifvertrag nach objektiven, transparenten Kriterien bezahlt. Es zählt die tatsächliche Arbeit und nicht die formale Ausbildung. Ein Hilfsarbeiter könnte mit Weiterbildung das Entgeltniveau eines Hochschulabsolventen erreichen.

2004 schließt die IG Metall mit den Arbeitgebern das Pforzheimer Abkommen. Es regelt, unter welchen Bedingungen Betriebe zur Sicherung oder Schaffung von Jobs befristet vom Tarif abweichen können. Damit haben die Betriebe nun die Möglichkeit, flexibel auf die wirtschaftliche Lage zu reagieren, ohne Beschäftigte zu entlassen und ohne die Tarifbindung zu verlassen.

## 2001 »

# Fit für die Zukunft

Das neue Jahrtausend beginnt die IG Metall mit einer großen Debatte darüber, wie die Gewerkschaft zum Motor für Fortschritt und eine menschlichere Zukunft wird. Mehr als 120 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beziehen Position. Was sie sagen, wird in einem »Zukunftsreport« zusammengefasst, den 2002 gut 900 Metallerinnen und Metaller mit 300 Gästen auf einem Kongress in Leipzig diskutieren. Die Zukunftsthemen sind zum Teil gar nicht neu: sichere und gute Arbeit, Erhalt des Flächentarifvertrags, mehr Demokratie im Betrieb, Ausbau der sozialen Sicherung. Moderner werden sollen die Arbeitszeiten. Sie sollen Beschäftigten individuelle Wahlmöglichkeiten bieten, vor allem mehr Zeit für Privates und berufliche Qualifizierung.



2003 »

## Streik um 35 Stunden in Ostdeutschland

Die Tarifrunde 2003 steht im Zeichen des Arbeitskampfes um die Einführung der 35-Stunden-Woche in der ostdeutschen Metallindustrie. Er endet mit einer schmerzhaften Niederlage der IG Metall: Nach vierwöchigem Streik muss die Gewerkschaft den Arbeitskampf ergebnislos abbrechen. Ende des Jahres einigen sich die Tarifparteien auf eine Festschreibung der 38-Stunden-Woche.

Die Forderung nach der Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit: Dreizehn Jahre nach der deutschen Einigung, so wird argumentiert, hätten die Beschäftigten im Osten endlich auch den Anspruch, zu den gleichen Bedingungen zu arbeiten wie ihre Kollegen im Westen. Von vornherein macht die IG Metall deutlich, dass die 35-Stunden-Woche im Rahmen eines mehrjährigen Stufenplans realisiert werden soll.

Der Arbeitskampf beginnt mit Streiks am 2. Juni. Am 7. Juni einigen sich IG Metall und Stahlarbeitgeber auf die stufenweise Einführung der 35-Stunden-Woche bis zum Jahr 2009. Das ist ein großer Erfolg. Aber die Verhandlungen für die Metall- und Elektroindustrie scheitern drei Wochen später.



Foto: Michael Schirke

## Besser kurz- als gar nicht mehr arbeiten

Als 2008 die Finanz- und Bankenkrise ausbricht, droht die gesamte Wirtschaft in einen Abwärtsstrudel zu geraten. Massenentlassungen und Firmenzusammenbrüche sind reale Gefahren. Die IG Metall reagiert schnell und präsentiert der Bundesregierung Rettungspläne. Um Entlassungen zu verhindern, sollen Krisenbetriebe die Durststrecke mit Kurzarbeit durchstehen. Die Regierung setzt wesentliche Punkte aus dem Paket der IG Metall um. Kurzarbeitergeld kann jetzt statt nur sechs bis 24 Monate gezahlt werden. Die Arbeitsagenturen erstatten Unternehmen in den ersten sechs Monaten 50 Prozent der Sozialversicherungsbeiträge. Wird die Kurzarbeit für Qualifizierungen genutzt, sogar 100 Prozent. Vom siebten Monat an übernehmen die Arbeitsagenturen die Sozialbeiträge sogar für alle Kurzarbeiter und Kurzarbeiterinnen zu 100 Prozent. Kurzarbeitergeld wird nicht mehr nur dann gezahlt, wenn vorher befristet Beschäftigte und Leiharbeiter entlassen werden. Auch Leiharbeiter können Kurzarbeitergeld erhalten.

Um Firmen und Arbeitsplätze zu retten, entstehen auch jede Menge lokale Initiativen und Netzwerke von Metallern und Betriebsräten.

So gelingt es, ohne Massenentlassungen durch die Krise zu kommen. Das hat einen weiteren positiven Effekt: Nach der Krise muss die Industrie nicht mühsam Personal aufbauen, sondern kann die Produktion sofort wieder – mit qualifizierten Belegschaften – hochfahren. Experten im In- und Ausland sehen darin einen Grund, warum die deutsche Wirtschaft nach der Krise wieder so gut Fahrt aufnimmt wie keine andere.



2008/2009 »  
Handeln in der Krise

IG Metall-Vorschläge retten Arbeitsplätze in der Krise und erleichtern den schnellen wirtschaftlichen Wiederaufschwung.

Foto: Felix Heyder/dpa/pa

Die IG Metall schnürt ein ganzes Paket von Rettungsvorschlägen. Dazu gehören auch Maßnahmen, um die Konjunktur anzukurbeln, zum Beispiel Investitionen in zukunftsfähige Produkte. Die schnellste und wirkungsvollste Maßnahme, die die Regierung auch umsetzt, ist die Abwrackprämie, auch Umweltprämie genannt. Wer sein altes Auto verschrottet und ein neues kauft, erhält vom Staat 2500 Euro dazu. Allein diese Konjunkturspritze sichert 200 000 Arbeitsplätze.

## 2006 » Streik um Sozialtarif bei AEG in Nürnberg



Streikende AEGler mauern das Haupttor des AEG-Werks in Nürnberg zu.

Sechseinhalb Wochen lang streiken die 1700 Beschäftigten der Hausgerätefabrik von AEG in Nürnberg Anfang 2006. Die Konzernleitung will das Werk schließen, trotz schwarzer Zahlen. Bei extremen Minustemperaturen harren die AEGler in ihrem Werk an brennenden Tonnen aus. Die Beschäftigten und die IG Metall fordern einen Sozialtarifvertrag mit hohen Abfindungen, der die Schließung für die Konzernleitung möglichst teuer und unattraktiv macht.

Das Aus Ende 2007 können sie nicht verhindern. Die Electrolux-Konzernleitung zieht die Schließung durch, um jeden Preis. Doch der ist hoch: AEG zahlt Rekordabfindungen von 1,8 Monatsgehältern je Beschäftigungsjahr, den Vorruhestand ab 53 Jahren und eine Transfergesellschaft, die die Beschäftigten ein Jahr lang weiter beschäftigt und qualifiziert.

Der Sozialtarifvertrag ist damals relativ neu. Normalerweise regelt der Arbeitgeber die Bedingungen für eine Schließung per Interessenausgleich und Sozialplan mit dem Betriebsrat. Der darf dafür jedoch nicht streiken, die IG Metall für einen Tarifvertrag schon. Die Arbeitgeber klagen dagegen – und verlieren vor dem Bundesarbeitsgericht. Streiken gegen Schließung ist okay.

Foto: Werner Bachmeier



Foto: kp works/Florentine Sievers, Jan Michalko

12 000 junge Beschäftigte demonstrieren 2009 in Frankfurt für die unbefristete Übernahme.

## 2012 » Übernahme für Azubis unbefristet

Feste Jobs für Azubis nach der Ausbildung: Ende 2012 erkämpft die IG Metall die unbefristete Übernahme in der Eisen- und Stahlindustrie, Anfang des Jahres 2013 dann auch in der Metall- und Elektroindustrie.

Die IG Metall Jugend hat mit ihrer Kampagne »Operation Übernahme« fast drei Jahre für dieses Ziel getrommelt – mit über 1000 Aktionen in den Betrieben und auf den Straßen. Zum Jugendaktionstag in Köln Ende 2011 kamen mehr als 20 000 junge Metallerrinnen und Metaller.

Nach der unbefristeten Übernahme geht die IG Metall Jugend das Recht auf Freistellung für Bildung für alle durch eine neue Bildungsteilzeit an (links).

## 2008 » Faire und sichere Arbeit für alle

Die Industrie gliedert immer mehr Arbeit aus, möglichst billig über Leiharbeit oder per Werkvertrag. Die Stammbeschaftungen schrumpfen.

**Unendliche Leiharbeit** Ursprünglich ist Leiharbeit für Auftragsspitzen gedacht. Seit den Hartz-Reformen 2003 können Leihfirmen ihre Leiharbeiter unbefristet im selben Job verleihen. Das Gesetz, laut dem Leiharbeiter wie Stammbeschäftigte zu bezahlen sind, darf durch Billigtarife etwa der christlichen Gewerkschaften unterlaufen werden. 2008 gibt es eine Million Leiharbeiter.

Mit der Kampagne »Gleiche Arbeit – Gleiches Geld« macht die IG Metall unfaire Leiharbeit zum gesellschaftlichen Thema. Sie setzt 500 Vereinbarungen mit Verbesserungen für Leiharbeiter in den Betrieben durch, 2012 dann Branchentarifverträge mit besseren Löhnen (siehe rechts).

**Neue Masche Werkverträge** Die neuen Tarife und neue gesetzliche Lohnuntergrenzen machen Leiharbeit weniger attraktiv für Arbeitgeber. Sie schwenken um auf Werkverträge. Die sind eigentlich dazu da, um einzelne Spezialaufträge zu vergeben, etwa den Einbau einer Heizung an einen Heizungsbauer. Doch zunehmend gliedern Unternehmen normale Arbeit dauerhaft über Werkverträge an Fremdfirmen aus. Alle paar Jahre wird der Auftrag neu vergeben, meist an den billigsten Anbieter, auf Kosten der Beschäftigten.

Mit ihrer Kampagne »Arbeit – sicher und fair« organisiert die IG Metall die Beschäftigten in Werkvertragsfirmen, hilft ihnen bei der Wahl von Betriebsräten und setzt mit ihnen Tarifverträge durch. Insbesondere bei den Kontraktlogistikern (Seite 25 unten), aber auch bei Entwicklungsdienstleistern und im Gebäudeservice.

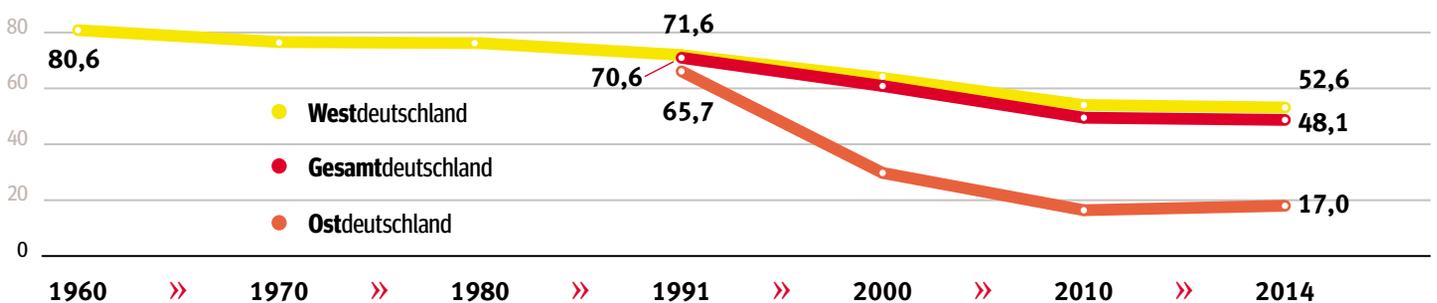
## 2012 » Branchentarife Leiharbeit

Im Jahr 2012 setzt die IG Metall spezielle Branchentarifverträge für Leihbeschäftigte in Betrieben der Metall- und Elektroindustrie durch. Zusätzlich zu ihrem Leiharbeitstariflohn erhalten sie Branchenzuschläge, die mit Dauer des Einsatzes ansteigen. Nach sechs Wochen gibt es 15 Prozent mehr, nach neun Monaten schließlich 50 Prozent obendrauf. Nach 24 Monaten Einsatz müssen Leiharbeiter dann fest übernommen werden.

Ähnliche Tarife erreicht die IG Metall 2013 auch in der Holz- und Kunststoffindustrie sowie in der Textil- und Bekleidungsindustrie.

## 1960 bis 2014 » Tarifbindung: eine Frage der Gerechtigkeit

Seit Jahrzehnten geht die Zahl der Berufstätigen, die in den Genuss tariflicher Entgelte und Arbeitsbedingungen kommen, zurück. Die IG Metall hat sich das Ziel gesetzt, diesen Trend umzukehren. So viel Prozent der Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie waren 1960 bis 2014 tarifgebunden:



Die IG Metall hat sich auf den Weg gemacht, neue Bereiche und Betriebe zu erschließen. Sie tut das mit viel Erfolg.

## 2013 » Beschäftigtenbefragung

Mehr als eine halbe Million Beschäftigte aus über 8 400 Betrieben beteiligen sich im Jahr 2013 an der großen Beschäftigtenbefragung der IG Metall. Sie formuliert klare Anforderungen an IG Metall und Politik. Drei Themen lassen sich als Schwerpunkte identifizieren: Beschäftigte fordern von der Politik klare Regeln für eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Sie wollen faire Altersübergänge und sie wollen Beruf und Familie vereinbaren. Beschäftigte fordern gerechte Bildungschancen für sich und ihre Kinder. Sichere und faire Arbeit, das ist, was zählt.

## 2015 » Bildungsteilzeit

Anfang 2015 setzt die IG Metall die tarifliche Bildungsteilzeit in der Metallindustrie durch: Bis zu sieben Jahre können Beschäftigte sich nach eigenen Wünschen weiterbilden oder studieren, mit garantiertem Recht auf Rückkehr auf einen gleichwertigen Arbeitsplatz im Betrieb.

Die Forderung nach der Bildungsteilzeit kam von der IG Metall Jugend. Sie hat zuvor die jungen Beschäftigten, Azubis und Studierenden in den Betrieben gefragt: Was ist Euer wichtigstes Thema? Dann hat sie mit ihrer Kampagne »Revolution Bildung« dafür Druck gemacht. Als Nächstes will die IG Metall Jugend nun mit ihrer Kampagne »modern bilden« das Recht auf eine gute Ausbildung für alle per Gesetz durchsetzen.

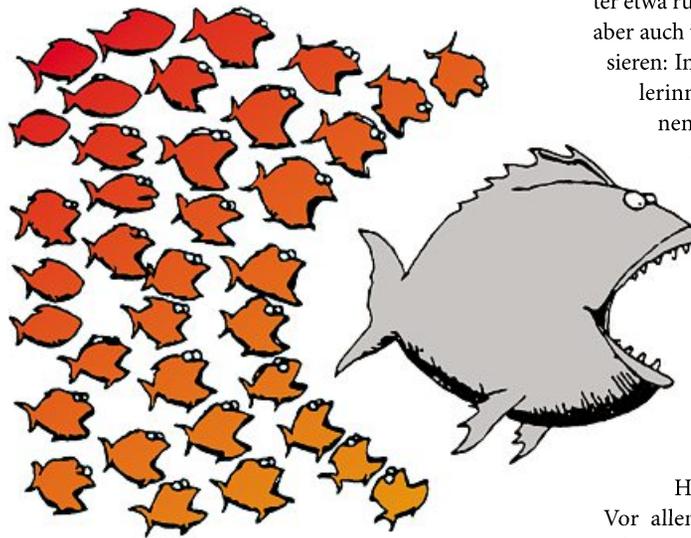
# Beschäftigte zum Handeln aktivieren

Die IG Metall hat sich zum Ziel gesetzt, faire Arbeitsbedingungen und Mitbestimmung für alle Beschäftigten durchzusetzen. Am besten gelingt das in Betrieben mit starken Betriebsräten und vielen engagierten Mitgliedern. Schon seit Langem hat sich die IG Metall deshalb auf den Weg gemacht, ihre Erschließungsarbeit systematisch

det werden. Neue Bereiche und Betriebe konnten erschlossen werden. In einem ersten Schritt wurden in der Windbranche und der Kontraktlogistik zusammen mit den Beschäftigten Betriebsratsstrukturen und Aktivenkreise aufgebaut, die sich nun erfolgreich für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen. Gemeinsam gelang es in den vergangenen Jahren, die industriellen Dienstleister etwa rund um BMW und Porsche in Leipzig, aber auch viele andere Unternehmen zu organisieren: In vielen Betrieben haben dort Metalloberinnen und Metallober Mitglieder gewonnen, gewerkschaftliche Strukturen aufgebaut, Betriebsratsgremien gegründet und mitbestimmungsfeindlichen Arbeitgebern Grenzen aufgezeigt.

Erschließungsarbeit, das zeigen die vergangenen Jahre, ist mittlerweile etabliert. Nun wird die IG Metall diese Arbeit weiter ausbauen – denn die Herausforderungen nehmen stetig zu: Vor allem in der Automobilindustrie, aber nicht nur da, sind die Beschäftigten mit Outsourcing von Kernkompetenzen an Dienstleistungsunternehmen konfrontiert.

Fortschreitende Digitalisierung und umfassende Vernetzung der Produktion werden dazu in den kommenden Jahren ganz neue Wertschöpfungsketten und Arbeitsprozesse schaffen und große Auswirkungen auf die Beschäftigten in den Betrieben haben.



voranzutreiben – so hat sie in den letzten Jahren zahlreiche beteiligungsorientierte und aktivierende Ansätze entwickelt und die Erschließungsarbeit etabliert.

Und das mit guten Ergebnissen: Allein mit den Betriebsratswahlen im letzten Jahr konnten in 1045 Betrieben Betriebsratsgremien neu gegrün-

## 2015 » Werkvertragsbeschäftigte holen sich Tarif

Im Jahr 2009 erkämpften sich die Beschäftigten des VW-Dienstleisters Schnellecke in Sachsen einen Tarifvertrag – zum ersten Mal bei einem Kontraktlogistiker. Viele andere folgen ihrem Beispiel, treten in die IG Metall ein und setzen Tarifverträge durch: Dazu gehören HQM, Wisag, Voith und Rudolph bei BMW und Porsche in Leipzig; Stute bei Airbus in Hamburg; BLG bei BMW Wackersdorf; ISL bei Ford Saarlouis und schließlich auch die VW-Dienstleister CEVA, Imperial und Rudolph in Wolfsburg.

Was den Beschäftigten dabei hilft, Druck zu machen: Wenn sie streiken, steht innerhalb von Minuten die Produktion beim Endkunden. Denn der Endkunde ist abhängig von den Kontraktlogistikern, die Teile vormontieren und punktgenau an die Montagebänder liefern. Der Druck bewirkt schließlich, dass die Arbeitgeber Anfang 2016 einlenken. Sie sind nun bereit, Flächentarifverträge für alle Kontraktlogistiker abzuschließen. Die IG Metall-Mitglieder bei den Kontraktlogistikern haben dazu gerade eine Tarifkommission gebildet, die mit den Arbeitgebern verhandeln soll. Ihr Ziel: Sie wollen den Billigwettbewerb in der Branche stoppen und gute Löhne sichern.



Beschäftigte von Kontraktlogistikern – hier von BLG – arbeiten mitten in den Werkshallen.

2015 »

**Geflüchtete integrieren**

Fast eine Million Menschen suchen in Deutschland Schutz vor Krieg und Verfolgung. Für die IG Metall ist klar: Sie will sich für eine solidarische und nachhaltige Flüchtlings- und Integrationspolitik einsetzen. Und gemeinsam die kulturellen, gesetzlichen und institutionellen Voraussetzungen dafür schaffen, Geflüchtete aufzunehmen und sie so schnell und so gut wie möglich zu integrieren.

Zusätzlich zum Engagement zahlreicher Metallerinnen und Metaller in den Betrieben schlägt die IG Metall ein bundesweites betriebliches



Foto: BMW Group

**Geflüchteter im Berufspraktikum bei BMW in München.**

Integrationsjahr vor, das öffentlich gefördert werden soll. Und zwar nicht nur für anerkannte Geflüchtete, sondern auch für Langzeitarbeitslose in Deutschland.

Bei allem Engagement gilt für die IG Metall: Geflüchtete dürfen nicht Beschäftigte zweiter Klasse oder Billigkonkurrenz sein. Auch für sie müssen Tarifverträge und der gesetzliche Mindestlohn gelten, um ihnen ein selbstständiges Leben in Deutschland zu ermöglichen.

Foto: Ole Spata/dpa/pa



2010 » **Digitale Revolution**

**Digitalisierung** Fortschreitende Digitalisierung und umfassende Vernetzung werden die Arbeitswelt radikal ändern. Die IG Metall gestaltet den Wandel kraftvoll.

**N**ach der Jahrtausendwende stehen Wirtschaft und Gesellschaft in einer neuen Phase industrieller Entwicklung: Kennzeichen der Industrie 4.0 ist die Vernetzung von Mensch, Maschine und Produkt – über das Internet in Echtzeit. Rohlinge manövrieren sich durch die Produktion, Menschen und Roboter arbeiten zusammen, Maschinen rüsten sich selbstständig um. Industrie 4.0 umfasst eine Kombination neuer Entwicklungen in der Mikroelektronik, der Sensorik, der Robotik und der Datenverarbeitung. Riesige Datenmengen können in Echtzeit an verschiedenen Orten verarbeitet werden.

Welche Auswirkungen die Digitalisierung auf die Arbeit der Beschäftigten haben wird, ist noch nicht abzusehen. Klar ist aber: Die Beschäftigten sehen sich einer schnellen Umwälzung ihres Arbeitsalltags gegenüber. Die Chancen von fortschreitender Digitalisierung und umfassender Vernetzung liegen auf der Hand: Die Produktivität kann gesteigert und die Abläufe können flexibler gestaltet werden. Durch damit einhergehende Wachstumschancen kann mehr Beschäftigung entstehen.

Digitalisierung ermöglicht auch mobiles Arbeiten und eröffnet die Chance, privates und berufliches Leben besser zu vereinbaren. Digitale Assistenz- und Wissens-

**Neues Zeitalter: Mit Industrie 4.0 beginnt eine weitere Phase industrieller Entwicklung.**

systeme können Beschäftigte bei der Arbeit unterstützen, sie können schwere, gefährliche, monotone Arbeit übernehmen und die Lernförderlichkeit des Arbeitsplatzes erhöhen.

Es gibt auch Risiken: Beim Crowdfunding werden einzelne Arbeitsaufträge über digitale Plattformen inner-, aber vor allem auch außerhalb der Unternehmen vergeben. So wächst – neben den Vorteilen, dass es einen leichteren Zugang zur Arbeit ermöglicht – auch die Gefahr der Überwachung der Clickworker und das Risiko eines Unterbietungswettbewerbs unter den Beschäftigten. Unstrittig ist auch, dass sich mit fortschreitender Digitalisierung Arbeit nicht nur ändert, sondern Tätigkeiten ganz wegfallen. Unklar allerdings ist, in welchem Ausmaß das geschehen wird. Die Frage ist jedoch nicht so sehr, welche Tätigkeiten wegfallen, sondern, ob und wie die Bildungslandschaft in Deutschland schnell genug auf diesen Strukturwandel eingestellt werden kann.

Die IG Metall gestaltet den digitalen Wandel. Für sie ist klar: Es braucht Veränderungen in der Erstausbildung. Dabei geht es nicht vorrangig darum, neue Berufsbilder zu schaffen. Vielmehr gilt es, die Berufsschullehrer und Ausbilder zu sensibilisieren und zu qualifizieren. Weiterhin müssen gute Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten entwickelt werden, die im Beruf stehen. Dringend erforderlich ist die konsequente Ausgestaltung lernförderlicher Arbeit. Arbeitsorte müssen zu Lernorten ausgebaut werden. Elementar ist, dass Angelernte einen Berufsabschluss erlangen beziehungsweise gesondert qualifiziert werden können. Schließlich sind Änderungen in der akademischen Ausbildung nötig: Gegenwärtig gibt es in Deutschland 1400 unterschiedliche technische Bachelor-Abschlüsse. Damit geht der Überblick auf dem Arbeitsmarkt verloren.

# MEIN LEBEN – MEINE ZEIT

## Hoheit über die Zeit zurückerobern

2016 »

Arbeitszeit

Mit ihrer Kampagne zur Arbeitszeit will die IG Metall Ideen sammeln und diskutieren, wie Arbeitszeit in Zukunft gestaltet werden muss.

» Soll die Diversität unterschiedlicher Lebenslagen Ausgangspunkt von Arbeitszeitpolitik sein, braucht es ein neues integriertes Miteinander von Mitbestimmung, Tarif und Gesetz.«

Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall, in seiner Rede auf dem Festakt in der Frankfurter Paulskirche anlässlich des Jubiläums 125 Jahre IG Metall

Die Wissenschaft hat festgestellt, dass kürzere Arbeitszeiten und längere Lebenserwartung zusammenhängen. Wenn der Mensch heute deutlich älter wird als noch vor 100 Jahren, könnte es also auch etwas damit zu tun haben, dass Gewerkschaften die wöchentliche Arbeitszeit seither halbiert haben – von oft mehr als 70 auf 35 Stunden pro Woche. Heute wünschen sich viele Beschäftigte, stärker selbst über ihre Zeit bestimmen zu können. Sie lehnen Flexibilität nicht ab, wie die

Beschäftigtenbefragung der IG Metall zeigt, aber sie wollen ihre Arbeitszeit beeinflussen können. Das Leben soll planbar bleiben. Doch Arbeit verlagert sich zunehmend in die Freizeit

und Arbeitszeit nimmt zu. 64 Prozent aller Beschäftigten mit einer 35-Stunden-Woche arbeiten regelmäßig länger, jeder Zehnte sogar regelmäßig mehr als 40 Stunden. Viele dieser zusätzlichen Stunden werden nicht erfasst, nicht vergütet und auch nicht mit Freizeit ausgeglichen. Laut Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung verfallen jedes Jahr rund eine Milliarde unbezahlte Über-

stunden. Die IG Metall hat nun eine Kampagne zur Arbeitszeit gestartet. Damit will sie Beschäftigte unterstützen, Zeit für eigene Bedürfnisse zu haben. Es geht um mehr Gerechtigkeit, mehr Sicherheit, mehr Gesundheit, mehr Selbstbestimmung. Gerechtigkeit bedeutet, geleistete Arbeitszeit muss erfasst und bezahlt werden. Die tatsächliche Arbeitszeit muss an die tarifliche angeglichen werden. Sicherheit bedeutet ein sicherer Arbeitsplatz und Arbeitszeiten, die planbar sind. Mehr Gesundheit bedeutet, Arbeit muss Grenzen haben, damit sie nicht krank macht. Mehr Selbstbestimmung bedeutet ein verbindlicher Anspruch auf Zeitsouveränität für Beschäftigte, um Arbeitszeiten ihren Lebensphasen anzupassen. Auch Schichtarbeit muss sich mit persönlichen Bedürfnissen vereinbaren lassen.

»Meine Zeit – mein Leben: Arbeit neu denken«, heißt die Kampagne. Sie zielt auf nicht weniger als auf die Rückgewinnung der persönlichen und gewerkschaftlichen Hoheit über die Zeit. Arbeitszeit ist ein großer Teil davon. Wer über die Arbeitszeit bestimmt, bestimmt deshalb auch über die Lebenszeit.

## 2013 » Beteiligung konsequent ausbauen

Die Beschäftigtenbefragung der IG Metall aus dem Jahr 2013 hat es klar gezeigt: Beschäftigte finden es wichtig, beteiligt zu werden. Gleichzeitig aber gibt fast die Hälfte aller Befragten an, dass bei ihnen im Betrieb noch nicht ausreichende Mitsprachemöglichkeiten bestehen. Es existiert also eine Kluft zwischen Erwartung und Wirklichkeit – die IG Metall will sie verringern.

Bereits in den vergangenen Jahren hat die Gewerkschaft deshalb zahlreiche Projekte initiiert, die Mitgliedern Beteiligung ermöglichen. Beispielhaft ablesen lässt sich das etwa an den Initiativen und

Kampagnen »Besser statt billiger«, »Tarif Aktiv« oder »Gleiche Arbeit – Gleiches Geld«, am ausgebauten Organizing oder den Beschäftigtenbefragungen. Die Beispiele zeigen: Es gibt eine Vielzahl von Möglichkeiten, Beschäftigte im Betrieb einzubinden und zu beteiligen.

Alle Beteiligungsformen haben ein gemeinsames Ziel: Die Kolleginnen und Kollegen sollen aktiviert werden. Sie sollen am Arbeitsplatz selbstbewusst handelnde Individuen sein – und keine Befehlsempfänger. Denn eines ist klar: Wenn Beschäftigte beteiligt werden, geht es voran.

Als Experten vor Ort kennen die Kolleginnen und Kollegen die Probleme im Betrieb. Sie wissen, wo Potenzial verborgen ist und wie man es hebt. Als Beteiligungsgewerkschaft weiß die IG Metall: Die direkte Beteiligung von Mitgliedern an wichtigen Themen im Betrieb und in der Organisation ist die Grundlage erfolgreicher Interessenvertretung und wird von den Beschäftigten gewünscht.

Die IG Metall wird deshalb Beteiligungsformen weiterhin konsequent ausbauen und anwenden. Die Mitglieder stehen im Mittelpunkt aller Aktivitäten.

# 125 Jahre IG METALL



IMPRESSUM

Herausgeber:

Jörg Hofmann,  
Christiane Benner,  
Jürgen Kerner

Anschrift:

Redaktion metallzeitung  
Wilhelm-Leuschner-Straße 79,  
60329 Frankfurt am Main  
Telefon: 0800 446 38 25  
metallzeitung@igmetall.de  
igmetall.de/metallzeitung

Redaktionsleiterin:

Susanne Rohmund  
(verantw. i. S. d. P.)

Chefredakteurin:

Susanne Rohmund

Chefin vom Dienst:

Fabienne Melzer

Redaktion:

Jan Chaberny, Dirk Erb, Sylvia  
Koppelberg, Antonela Pelivan

Gestaltung:

Gudrun Wichelhaus-Decher

Bildredaktion:

Michael Schinke

Sekretariat:

Beate Albrecht,  
Marion Brunsfeld

Angebot für Sehbehinderte:

metallzeitung gibt es auch als  
Word- oder PDF-Datei:  
metallzeitung@igmetall.de

Vertrieb:

Thomas Köhler  
Telefon: 069 66 93-22 24  
vertrieb@igmetall.de

Anzeigen:

Petra Wedel, Zweiplus  
Medienagentur,  
Pallaswiesenstraße 109,  
64293 Darmstadt  
info@zweiplus.de

Druck und Versand:

apm AG, Darmstadt



Preis:

metallzeitung erscheint  
monatlich. Für Mitglieder der  
IG Metall ist der Bezug im  
Beitrag enthalten.

Papier:

Das Papier, auf dem die  
metallzeitung gedruckt wird,  
besteht zu 70 Prozent aus  
Altpapier und zu 30 Prozent  
aus FSC- und PEFC-zertifizier-  
tem Holz, das aus nachhaltiger  
Waldbewirtschaftung in  
Süddeutschland und in der  
Schweiz stammt.

Anzeige

Hans Böckler  
Stiftung

Mitbestimmung · Forschung · Stipendien



# 40 JAHRE MITBESTIMMUNGSGESETZ. HEUTE DIE ZUKUNFT SICHERN!

[www.zukunftmitbestimmung.de](http://www.zukunftmitbestimmung.de)

Mitdiskutieren auf Twitter: [#zukunftmitbestimmung](https://twitter.com/zukunftmitbestimmung)

WEITERDENKEN. MITGESTALTEN.  
MITBESTIMMUNG.

Zukunft diskutieren mit der Hans-Böckler-Stiftung

[www.zukunftmitbestimmung.de](http://www.zukunftmitbestimmung.de)



## 125 Jahre IG Metall

Die Arbeiter Mitte des 19. Jahrhunderts (hier Nähmaschinenfabrik Pfaff in Kaiserslautern) hatten noch kein gutes Leben: überlange Arbeitszeiten, Hungerlöhne, Kinderarbeit. Ihnen wurde bewusst: Ein besseres Leben für jeden Einzelnen ist nur möglich, wenn sie gemeinsam dafür kämpfen und streiten – und sich dafür in Gewerkschaften zusammenschließen.